

mo

SOS
MITMENSCH

KOLPORTAGE DAVON 1,25 €
2,50 €
EURO FÜR

MAGAZIN FÜR
MENSCHENRECHTE NR. 37

Schule schwänzen
**HAFTSTRAFEN FÜR
ELTERN?**

Interview Stupnig
**WAS VOM
„TSCHECHENEN-
FREIEN KÄRNTEN“
BLIEB**

Gebrüder
Moped
**NULL TOLERANZ
FÜR BETRÜGER!**

PREKARISIERUNG

**ARM DURCH
ARBEIT?**



Was hilft, das nervt manchmal

Ein großer Teil dieser Ausgabe des MO-Magazins für Menschenrechte wird mittels Straßenkolportage vertrieben.

Straßenkolportage hilft den Menschen, die die Zeitung verkaufen. Denn bei den KolporteurInnen handelt es sich ausnahmslos um bedürftige Menschen. Für sie ist jeder dazuverdiente Euro eine wichtige Hilfe im Kampf ums existenzielle Überleben.



Straßenkolportage leistet einen wichtigen Beitrag zur Medienvielfalt in Österreich. Österreich

braucht eine lebendigere Medienlandschaft und unsere Gesellschaft braucht eine Vielfalt an Perspektiven.

Straßenkolportage hilft SOS Mitmensch beim Vertrieb seines Menschenrechtsmagazins.

Wir wollen mit dem MO zu einer offeneren, demokratischeren und lebendigeren Gesellschaft beitragen.

Straßenkolportage nervt aber auch manchmal. Es gibt Situationen, in denen man keine Lust hat, eine Straßenzeitung unter die Nase gehalten zu bekommen. Es gibt Situationen, in denen KolporteurInnen zu hartnäckig ihrem schwierigen Geschäft nachgehen oder sich nicht korrekt verhalten. Und es gibt nichtautorisierte VerkäuferInnen und BettlerInnen, die ihr Glück mit einem MO in der Hand versuchen.

Wir nehmen jede Beschwerde sehr ernst. Wir führen Schulungen durch und versuchen den Austausch mit den KolporteurInnen zu intensivieren. Aber all das ist natürlich keine absolute Garantie dafür, dass es nicht da oder dort doch zu Fehlverhalten kommt. Was uns allerdings immer wieder sehr positiv bewegt, ist die Tatsache, dass sich fast alle Menschen, die sich über das Verhalten einzelner KolporteurInnen beschwerten, solidarisch mit dem SOS Mitmensch Kolportage-Projekt erklären. Viele sprechen auch ein großes Lob für die Qualität des MO-Magazins für Menschenrechte aus.

Daher steht es für uns außer Frage, dass wir unser Straßenzeitungsprojekt weiter führen möchten. Unsere Bitte an Sie: Kaufen Sie unsere Zeitung nur von KolporteurInnen, die den MO-Ausweis sichtbar tragen. Und wenn Sie das Verhalten eines Kolporteurs oder einer Kolporteurin unangemessen finden, dann schicken Sie uns eine Nachricht an:

office@sosmitmensch.at

Danke.



JETZT SPENDEN!

PSK: IBAN AT87 6000 0000 9100 0590, BIC OPSKATWW



Arm trotz Arbeit: Miese Jobverhältnisse nehmen zu.
Illustration: P.M.Hoffmann

Liebe Leserin Lieber Leser

Zum ersten Halbjahr 2014 stellt die Arbeiterkammer Wien fest: „Das leichte Beschäftigungswachstum von 0,7 Prozent ist nach wie vor auf den Anstieg der Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen.“ Damit ist auch schon eines der Kernprobleme benannt, das uns zur provokativen Leitfrage dieses Dossiers bewegte: Schafft der Arbeitsmarkt Armut? Zwar benutzt heute kaum jemand den pejorativen Begriff „McJobs“, den der Soziologe Amitai Etzioni Mitte der 1980er Jahre geprägt hatte, doch vielleicht nur deshalb, weil gering bezahlte Jobs, Teilzeitjobs und generell prekarierte Arbeitsverhältnisse mittlerweile zum fixen Bestandteil des Arbeitsmarktes geworden sind. Anstellungen und damit verbundene soziale Absicherung gelten in bestimmten Branchen mittlerweile als Privileg, wie in der folgenden Geschichte „Flexible Jobs“ nachzulesen ist. Was lange Zeit vor allem aus den USA bekannt war – berufstätige Menschen, die von ihren Berufen ihre Existenz nicht mehr bestreiten können – wird durch das Credo des flexiblen Arbeitsmarktes auch bei uns zur Normalität. Für Leihfirmen bedeutet das eine rosige Zukunft, sie boomen. Doch vom Hype des Entrepreneurship zu den Schatten der Armut ist es nicht weit. In Österreich sind derzeit 14,4 Prozent der Bevölkerung von Armut gefährdet. Viele davon arbeiten.

Spannende Momente wünscht
Gunnar Landsgeßell



Illustration: P.M.Hoffmann

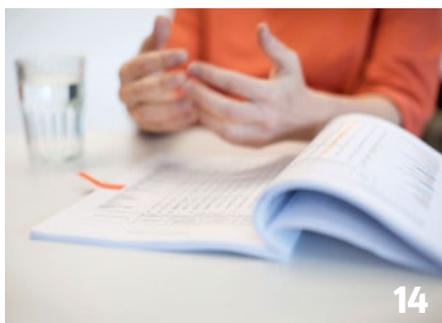


Foto: Karin Wasner



Montage: Karin Wasner

Einstieg

3 EDITORIAL

4 INHALTSVERZEICHNIS

7 HANDLUNGSBEDARF

Asyl-Grundversorgung für alle. Wie Neid gegen Asylsuchende beendet werden kann.

Kommentar: Alexander Pollak

Dossier Arbeitsmarkt und Armut

8 FLEXIBILISIERUNG

Mehr Teilzeitjobs und EPU's bei weniger Einkommen. Wie neue Jobverhältnisse die Existenzgrundlage gefährden.

Text: Wilhelm Ortmayr

13 VOR ARMUT SCHÜTZEN

Die zunehmende Flexibilisierung fordert eine Korrektur der Sozialpolitik.

Kommentar: Norman Wagner

14 DIE POLITIK SCHAUT ZU

Wir steuern auf ein neues Problem, das der Altersarmut zu, warnt die Sozialwissenschaftlerin Karin Heitzmann.

Interview: Clara Akinyosoye

17 IMPRESSUM

18 FALSCHER SIGNALE

Asylsuchende und MindestpensionistInnen gehören zu den Schwächsten der Gesellschaft. Wovon leben sie eigentlich?

Text: Nasila Berangy

20 AMS WIRBT ARBEITSKRÄFTE IN UNGARN AN

Der Migrationsforscher August Gächter fordert ein Ende des Arbeitsverbotes für AsylwerberInnen und nennt dafür gute Gründe.

22 MIT FUSSBALL REICH WERDEN

Als Profi 1.100 Euro brutto Verdienst? Wie der Fußballmarkt sich geändert hat.

Text: Reinhard Krennhuber

Rest der Welt

25 WELT NEWS

Islamgesetz neu verhandeln

26 STRAFKATALOG FÜR SCHULSCHWÄNZER

Zu mehr als 2.000 Verfahren kam es 2013 in Österreich gegen Eltern von Kindern, die schulabstinent sind. Manche gingen sogar kurz in Haft. Kritik wird laut.

Text: Adrian Engel

29 MEHRSPRACHIGE SCHULEN

Es gibt in Österreich französische, englischsprachige oder japanische Schulen. Aber keine serbische oder türkische. Warum eigentlich nicht?

Text: Stefan Kraft

32 „MENSCHEN WIE WIR“

Der Kärntner Psychologe Siegfried Stupnig arbeitet seit vielen Jahren mit Flüchtlingen aus Tschetschenien.

Interview: Gunnar Landsgesell

35 ALARM PHONE

Eine Gruppe von AktivistInnen hat in Wien einen SOS-Notruf für in Seenot geratene Flüchtlinge eingerichtet.

Rubriken

37 SPOTLIGHT

Der Medien-Watchblog kobuk.at berichtet von erstaunlichen Falschmeldungen.

Text: Sonia Melo

38 KOLUMNEN

Martin Schenk über Burn Out

Philipp Sonderegger über Asylverfahren in Nordafrika

Clara Akinyosoye: eine Nachricht an die Folterpolizisten

40 MEDIEN

Bücher über den Politischen Islam; Ein guter Tag hat 100 Punkte. 2x5: Doru Unizau ist Kolporteur dieses Magazins

45 SOS MITMENSCH

Arbeitsverbote sind eine Schande

46 ANDERE ÜBER...

Die Gebrüder Moped fordern: Wer sich Asyl oder einen Job erschleicht, soll ausgebürgert werden.

Kann ich einen kaputten Computer zurück geben?

Wer hilft mir, wenn die Telefonrechnung zu hoch ist?

Wie vergleiche ich Kredite?

sozial
MINISTERIUM

bezahlte Anzeige

Alles Wissenswerte zum Thema Einkauf, Internetshoppen, Smartphone und Handy, Wohnen, Auto und vieles mehr auf:

www.konsumentenfragen.at

Das Konsumentenportal des Sozialministeriums



sozialministerium.at



fb.com/sozialministerium



www.konsumentefragen.at



Helfen Sie mit Ihrer Spende!

Damit wir Betroffene dabei unterstützen können, sich gegen gemeine rassistische Angriffe zu wehren!
www.zara.or.at

IBAN AT25 1100 0052 1136 2800 - BIC BKAUATWW



Flexibel im Format. Unbeugsam im Inhalt.

DER STANDARD

Österreich leistet hochwichtige Hilfe bei Aufarbeitung in Georgien **THEMA Seite 2**

Song Contest 2015: Wien macht das Rennen Entscheidung des ORF-Chefs **Seite 21**

Esa-Sonde Rosetta glückt Rendezvous mit dem Kometen **Seite 25**

Donnerstag, 7. August 2014 | ÖSTERREICH UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG | HERAUSGEGEBEN VON OSCAR BRONNER | € 2,10

Italien: Kein Geld für den Bau des Brennerbasistunnels

Entscheidung stellt Bahnstrecke infrage
Priorität für 14 andere Verkehrsprojekte

Rechtsextreme zeigen vertrauliches Dokument aus dem Abwehramt

Immer mehr Sonderschüler
Behandlungsanstalt fordert Schulschließung

Sanktionen gegen Westen
Putin erlässt Importstopp für Agrarprodukte

Grund für den Ausbau des Brennerbasistunnels
andere Verkehrsprojekte

Staatsanwalt
Traiskirchen: Wirbel um mutmaßlichen Syrienkämpfer

Standards
Sudaki, Rittel, Spat, Theaterwoche, Kino, TV, Switchball, Wetter

Wetter
Wien, Süden, Ostern

KOMPAKT

DER STANDARD KOMPAKT

Österreichische Tageszeitung € 1,10

Italien: Kein Geld für den Bau des Brennerbasistunnels

Entscheidung stellt Bahnstrecke infrage
Priorität für 14 andere Verkehrsprojekte

Rechtsextreme zeigen vertrauliches Dokument aus dem Abwehramt

Das Dokument, das den Stempel nach Zurechtweisung zu veröffentlichen" trägt, soll durch Aktenansicht zu den Alpen-Donau-Betreibern gelangt sein, sagte das Innenministerium dem STANDARD - genau wie Daten zweier Hinweisgeber der NS-Mittelstelle, denen Veröffentlichung auf Alpen-Donau Info-Forderungen bewegt hatte. Darauf, dass nicht mehr passiert, wurden Daten von Hinweisgebern nicht mehr automatisch an die Staatsanwaltschaft übermittelt. (Frei)

Immer mehr Sonderschüler

Behandlungsanstalt fordert Schulschließung

Wien - Immer mehr junge Menschen in Österreich werden in die Sonderschule geschickt oder mit dem Etikett „sonderpädagogischer Förderungsbedarf“ versehen. Österreichweit hatten im Schuljahr 2009/10 insgesamt 26.972 Schüler als sonderpädagogische Förderungsbedürftige, 2012/13 waren es schon 29.763. Fast die Hälfte von ihnen, 13.809, lernten an Sonderschulen - Tendenz steigend.

Bildungsstaatsrat Erwin Buchinger kritisiert im Standard-Gespräch diese Entwicklung und sieht „raschen Handlungsbedarf“. Er vermutet, dass manche Schulen aus budgetären Gründen Interessen daran hätten, die „zuzurechnenden“, aber faktisch SFF-Befragungen zu erwirken. Buchinger fordert von der Politik einen konkreten Fahrplan zur Schließung der Sonderschulen. (Frei) **Seite 6, Kennziffer Seite 28**

Sanktionen gegen Westen

Putin erlässt Importstopp für Agrarprodukte

Brüssel/Wien/Moskau - Die Ukraine-Krise hat sich am Mittwoch verschärft. Während die Nato vor möglichen Einmarsch-Plänen Russlands im Osten der Ukraine warnte, hat Moskau Gegenmaßnahmen für Produkte aus dem Westen erlassen. Laut einem Dekret, das Präsident Wladimir Putin am Abend erließ, sollen Agrarimporte aus jenen Staaten, die sich an den Sanktionen gegen Moskau beteiligen, eingeschränkt werden. Laut der Agentur RIA Novosti soll es sich bei den Waren um alle Agrarprodukte aus den USA und um Obst und Gemüse aus der EU handeln.

In der Rebellenhochburg Donetsk sollen deswegen bei einem Luftangriff die ukrainischen Armee-Mechaniker getötet sein. Kiev demonstriert einen solchen Angriff. Die humanitäre Lage in der Ostukraine ist weiter äusserst gespannt. (Frei) **Seite 4**

Grund für den Ausbau des Brennerbasistunnels

andere Verkehrsprojekte

Grund für die „Verkehrskollaps“ des Brenners auch andere Tunnelprojekte. Gotthard- und Ceres-Tunnel würden den Verkehr von Nord nach Süd verfrachten und die Basis für den Brennerstunnel unterlegen. Im neuen Verkehrsministerium in Wien reagiert man irritiert auf den Hinweis. Eine offizielle Stellungnahme gab es nicht.

An Mittwoch wurde bekannt, dass Italiens Wirtschaft erneut in die Rezession geschlittert ist. (Frei) **Seite 22, 23**

Qualität in jeder Form. Jetzt 3 Wochen gratis testen: derStandard.at/Abo

Qualität in jeder Form. Jetzt 3 Wochen gratis testen: derStandard.at/Abo

E-PAPER

DER STANDARD

Österreichische Tageszeitung € 2,10

Italien: Kein Geld für den Bau des Brennerbasistunnels

Entscheidung stellt Bahnstrecke infrage
Priorität für 14 andere Verkehrsprojekte

Rechtsextreme zeigen vertrauliches Dokument aus dem Abwehramt

Das Dokument, das den Stempel nach Zurechtweisung zu veröffentlichen" trägt, soll durch Aktenansicht zu den Alpen-Donau-Betreibern gelangt sein, sagte das Innenministerium dem STANDARD - genau wie Daten zweier Hinweisgeber der NS-Mittelstelle, denen Veröffentlichung auf Alpen-Donau Info-Forderungen bewegt hatte. Darauf, dass nicht mehr passiert, wurden Daten von Hinweisgebern nicht mehr automatisch an die Staatsanwaltschaft übermittelt. (Frei)

Immer mehr Sonderschüler

Behandlungsanstalt fordert Schulschließung

Wien - Immer mehr junge Menschen in Österreich werden in die Sonderschule geschickt oder mit dem Etikett „sonderpädagogischer Förderungsbedarf“ versehen. Österreichweit hatten im Schuljahr 2009/10 insgesamt 26.972 Schüler als sonderpädagogische Förderungsbedürftige, 2012/13 waren es schon 29.763. Fast die Hälfte von ihnen, 13.809, lernten an Sonderschulen - Tendenz steigend.

Bildungsstaatsrat Erwin Buchinger kritisiert im Standard-Gespräch diese Entwicklung und sieht „raschen Handlungsbedarf“. Er vermutet, dass manche Schulen aus budgetären Gründen Interessen daran hätten, die „zuzurechnenden“, aber faktisch SFF-Befragungen zu erwirken. Buchinger fordert von der Politik einen konkreten Fahrplan zur Schließung der Sonderschulen. (Frei) **Seite 6, Kennziffer Seite 28**

Sanktionen gegen Westen

Putin erlässt Importstopp für Agrarprodukte

Brüssel/Wien/Moskau - Die Ukraine-Krise hat sich am Mittwoch verschärft. Während die Nato vor möglichen Einmarsch-Plänen Russlands im Osten der Ukraine warnte, hat Moskau Gegenmaßnahmen für Produkte aus dem Westen erlassen. Laut einem Dekret, das Präsident Wladimir Putin am Abend erließ, sollen Agrarimporte aus jenen Staaten, die sich an den Sanktionen gegen Moskau beteiligen, eingeschränkt werden. Laut der Agentur RIA Novosti soll es sich bei den Waren um alle Agrarprodukte aus den USA und um Obst und Gemüse aus der EU handeln.

In der Rebellenhochburg Donetsk sollen deswegen bei einem Luftangriff die ukrainischen Armee-Mechaniker getötet sein. Kiev demonstriert einen solchen Angriff. Die humanitäre Lage in der Ostukraine ist weiter äusserst gespannt. (Frei) **Seite 4**

Grund für den Ausbau des Brennerbasistunnels

andere Verkehrsprojekte

Grund für die „Verkehrskollaps“ des Brenners auch andere Tunnelprojekte. Gotthard- und Ceres-Tunnel würden den Verkehr von Nord nach Süd verfrachten und die Basis für den Brennerstunnel unterlegen. Im neuen Verkehrsministerium in Wien reagiert man irritiert auf den Hinweis. Eine offizielle Stellungnahme gab es nicht.

An Mittwoch wurde bekannt, dass Italiens Wirtschaft erneut in die Rezession geschlittert ist. (Frei) **Seite 22, 23**

Qualität in jeder Form. Jetzt 3 Wochen gratis testen: derStandard.at/Abo

Qualität in jeder Form. Jetzt 3 Wochen gratis testen: derStandard.at/Abo

3 WOCHEN GRATIS TESTEN!

GLEICH BESTELLEN: derStandard.at/Abo



Die Zeitung für Leserinnen

NEIDDEBATTE

Asyl-Grundversorgung für alle

Wie dem immer wieder aufkeimenden Neid gegen Asylsuchende ein Riegel vorgeschoben werden könnte.

Kommentar: Alexander Pollak



Illustration: Petja Dimitrova

Die Tageszeitung „Heute“ bringt einen Artikel über „Armut in Österreich“. Porträtiert wird Johann F., der nach einem Schlaganfall und Jobverlust von der Mindestsicherung leben muss. Unter der Online-Version des Artikels wird viel gepostet, vor allem darüber, wie gut es den Asylsuchenden geht. Diese würden freie Kost, Unterkunft, Arzt, Dolmetscher und Taschengeld erhalten, während die „echten Österreicher“ vom Staat im Stich gelassen würden.

„Zu wenig Luxus“

Die PosterInnen kommen zum Schluss, dass Asylsuchende die wahren Privilegierten in Österreich sind. Geschürt werden solche absurden Ansichten durch die FPÖ und durch Falschberichte in Medien. So verbreitete die Kärnten-Ausgabe von „Österreich“ einen Artikel, in dem behauptet wurde, dass es einen „Aufstand von Flüchtlingen“ gegeben habe, weil sie in ihrem Quartier „zu wenig Luxus“ gehabt hätten. Nachforschungen von SOS Mitmensch ergaben, dass es sich bei dem – in gehässigem Tonfall geschriebenen – Artikel um eine Aneinanderreihung von Unwahrheiten handelte.

Der Kärntner Polizeisprecher stellte auf Nachfrage hin klar, dass es keinen Aufstand gegeben hatte, auch keine Diskussion über „zu wenig Luxus“. Syrische Flüchtlinge hatten es lediglich gewagt, sich zu erkundigen, ob es Internetzugang gibt, damit sie Kontakt mit ihren Angehörigen aufnehmen können. Trotz dieser Richtigstellungen des Polizeisprechers verbreiteten FPÖ-Politiker wie Strache oder Gudenus den Falschartikel in Sozialen Netzwerken. „Dankbarkeit sieht anders aus!“, postete FPÖ-Obmann Strache auf Facebook, und löste damit eine Welle an teils rabiatischen und neonazistischen Hasspostings gegen AsylwerberInnen aus.

Let's get rich! 40 Euro Taschengeld

Ähnliches spielte sich ab, als die Salzburg-Ausgabe der Kronenzeitung am Titelblatt berichtete, dass eine betagte Österreicherin aus ihrer Wohnung ausziehen müsse, damit Asylsuchende im Rahmen ihrer Grundversorgung einziehen können. Auch dieser Bericht war von vorne bis hinten von Fehlern durchsetzt. Als er erschien, stand längst fest, dass die Dame in ihrer Wohnung bleiben konnte. Außerdem handelt es sich bei dem Wohnprojekt nicht um eines für Asylsuchende, sondern um

eines für anerkannte Flüchtlinge, die keine Grundversorgung mehr erhalten, sondern ganz normal aus ihrem Einkommen Miete zahlen müssen. Darüber hinaus wusste die Mindestpensionistin von Anfang an, dass sie nur einen befristeten Vertrag hat. FPÖ-Obmann Strache ließ auch diese falsche Geschichte tausendfach auf Facebook kursieren. Was können wir dagegen tun? Zum einen aufklären. Das gelingt jedoch nur zum Teil. Unsere Informationen erreichen nicht alle falsch informierten Menschen, und obsiegen auch nicht immer gegen bereits geschürte Emotionen. Doch es gibt noch etwas, was getan werden kann. Man könnte die Asyl-Grundversorgung auch für Menschen ohne Fluchtgeschichte öffnen. Alle ÖsterreicherInnen sollten die Möglichkeit haben, in die Grundversorgung zu wechseln, wenn sie glauben, es sei vorteilhaft von der halben Mindestsicherung zu leben beziehungsweise in Massenunterkünften zu wohnen und 40 Euro Taschengeld im Monat zu erhalten. Vielleicht kommt der eine oder die andere dann plötzlich zum Schluss, dass die niedrigen Grundversorgungssätze für Asylsuchende die wahre Schande sind.



FLEXIBLE JOBS: ARBEITEN WIR UNS ARM?

Immer mehr Menschen teilen sich eine gleich bleibende Menge an Arbeit. Für viele SozialpolitikerInnen war das lange Zeit eine Wunschvorstellung. Nun aber bringt die Krise das, was keiner möchte: Arbeitszeitverkürzung auf die harte Tour. Auf der Strecke bleiben die üblichen Verdächtigen: Alleinerziehende und wenig Qualifizierte.

Text: Wilhelm Ortmayr

Illustration: P.M.Hoffmann

Laut Adam Riese ist alles ganz einfach: Wenn bei relativ stagnierendem Volkseinkommen (BIP) die in Österreich vorhandene Arbeit (auch sie nimmt kaum zu) auf immer mehr Menschen aufgeteilt wird, dann bleibt für jeden einzelnen immer weniger Ertrag. Genau dieses Szenario erlebt Österreich seit Beginn der Wirtschaftskrise vor sechs Jahren. Regelmäßig berichten die Statistiken über neue Rekordwerte bei der Gesamtzahl der Beschäftigten. Die muss es auch geben, Stichwort Pensionen und Bevölkerungspyramide. Wir sind angewiesen auf jungen Zuzug nach Österreich. Es gibt also von Monat zu Monat mehr Jobs in Österreich. Doch diesen Jubelmeldungen folgt selten eine ernstzunehmende qualitative Analyse. Und auch wenn Zuwanderer oftmals selbst Jobs schaffen, wie etwa in Wien, wo ein Drittel der Un-

ternehmerInnen MigrantInnen sind, steigen zugleich die so genannten atypischen Beschäftigungsverhältnisse – Teilzeitarbeit, Werkverträge, freie DienstnehmerInnen, Leiharbeit. Auch die Zahl der Ein-Personen-Unternehmen (EPU) nimmt ständig zu. Unbefristete 40-Stunden-Arbeitsplätze mit 14 Gehältern und allen üblichen sozialen Absicherungen werden seltener. Die Folgen dieses Trends sind derzeit primär an den Rändern der Gesellschaft spürbar und an den Rändern der Berufskarrieren. „Der Anteil der Armutgefährdeten unter den Teilzeitarbeitenden steigt stetig“ konstatiert Siegfried Steinlecher vom AMS Salzburg. Gemeint sind damit vor allem Frauen. Denn während Männer zu 85 Prozent vollzeitbeschäftigt sind, gilt das nur für jede zweite Frau. Damit liegt Österreich in Sachen Frauenteilzeit europaweit an der

Spitze. Dahinter steckt nicht zuletzt auch der Wunsch vieler Frauen nach Teilzeitarbeit (und zwar möglichst zwischen 25 und 30 Stunden). Doch überall dort, wo aus welchen Gründen auch immer Teilzeit gearbeitet werden muss, ist ein Überleben kaum möglich.

Birgit N., eine heute 35jährige Salzburgerin, kann davon ein Lied singen. Die Textilfacharbeiterin ist alleinerziehende Mutter und hat harte Jahre hinter sich. „Bis meine Tochter drei war, konnte ich nur stundenweise jobben, meist als Rezeptionistin oder in Call-Centern.“ In Birgits Heimatgemeinde am Salzburger Stadtrand sind die Kinderbetreuungseinrichtungen für unter Dreijährige nur mangelhaft ausgebaut, Hilfe durch Verwandte gab es kaum. Zum Leben reichte das Geld hinten und vorne nicht, sogar die kleine geförderte

Mietwohnung war kaum finanzierbar. Nur dank elterlicher Zuschüsse kam Julia über die Runden. „Wer dieses Glück nicht hat, kann im Winter kaum heizen und isst Tage lang Polenta“.

Birgits Beispiel ist kein Einzelfall. Denn ohne zahlende Eltern und mit Teilzeitarbeit können grob gesprochen nur AkademikerInnen ihren Lebensunterhalt selbst finanzieren. Wirklich seriöse Studien zu diesem Thema fehlen aber. Wie überhaupt der Armutsbegriff in Österreich ein schwankender ist. „Sprechen wir von Menschen, die trotz Vollzeitarbeit weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens verdienen, dann sind es nur zwei Prozent“, so Gabriele Straßegger von der Wirtschaftskammer. Die meisten Vollzeitbeschäftigten können also von ihrem Einkommen leben – es sei denn, sie haben viele Kinder. Genau das berücksichtigen Statistiken aber kaum, weil sie dafür jeden Einzelfall beleuchten müssten. „Die alleinerziehende Zwangs-Teilzeiterin kann schwerst armutsgefährdet sein, mit einem neuen Partner in Vollzeitbeschäftigung ist sie es nicht“, bringt Straßegger die Unmöglichkeit auf den Punkt, in jedes Wohn- bzw. Schlafzimmer zu schauen und die realen Lebensverhältnisse der ÖsterreicherInnen zu erforschen.

Laut Wirtschaftskammer gibt es in Österreich also kaum Menschen, für die das Prädikat „Working poor“ zutrifft. Aber sehr wohl Menschen, die entweder außergewöhnliche hohe Belastungen zu tragen haben oder nicht das ganze Jahr über Vollzeit arbeiten können. Doch das, so Straßegger, sei „kein Problem des Arbeitsmarktes oder der zunehmenden atypischen Beschäftigungsverhältnisse“ sondern eher der schwächelnden Konjunktur und der begleitenden Sozialpolitik.

Flexibilität – eine Medaille mit zwei Seiten

Studien belegen in der Tat, dass die überwiegende Mehrheit der Teilzeitarbeitenden dies freiwillig und gerne tut. Die Zahl jener ÖsterreicherInnen, die gerne mehr als Teilzeit arbeiten würden, ist geringer als jene, die Vollzeit arbeiten müssen und gerne „zurückschalten würden“, es aber aus betrieblichen oder finanziellen Gründen nicht können. Die meisten Teilzeitbeschäftigten finden sich in Österreich in typisch „weiblichen



Gabriele Straßegger, WKO. Laut Wirtschaftskammer gibt es in Österreich kaum Menschen, für die das Prädikat „Working poor“ zutrifft.

Branchen“, im Handel, Gesundheits- und Sozialwesen sowie im Dienstleistungsbereich. Denn der häufigste Grund für die reduzierte Arbeitszeit sind Betreuungsaufgaben. Daher sind kapazitätsorientierte Arbeitszeiten, zum Beispiel Gastronomie, oder Schichtmodelle für diese Gruppe nicht gut geeignet, am allerwenigsten für jene

VIELE TEILZEITJOBS SIND FRÜHERE VOLLZEITANSTELLUNGEN. DA WIRD EISKALT GESPART. NORMAN WAGNER, AK

Frauen, die Teilzeitarbeit als Wiedereinstiegsmodell nach der Babypause wählen. Genau in dieser Funktion begrüßen auch ArbeitsmarktexpertInnen den wachsenden Markt an Teilzeitjobs. „Natürlich ist uns bewusst, dass der Anteil der Armutsgefährdeten unter den Teilzeitarbeitenden größer wird, aber Teilzeit ist nun mal die beste Chance, Frauen rasch wieder zurück in den Beruf und ins Verdienen zu bringen“, sagt AMS-Chef Steinlechner. Er kann der zunehmenden Flexibilisierung des Arbeitsmarktes in den vergangenen Jahren generell Positives abgewinnen. Unsere Wirtschaft sei dadurch krisenfester als jene in den südeuropäischen Ländern.

„Kurzarbeitsmodelle, längere Durchrechnungszeiträume oder Teilzeitmodelle mit Schulungsmaßnahmen verhindern hohe Arbeitslosenzahlen und ersparen den Firmen Personalkosten, hinter denen keine Produktivität steckt“, das zeige der Vergleich etwa mit Italien ganz deutlich, so Steinlechner. Seiner Ansicht nach solle der Arbeitsmarkt keine unnötigen Barrieren haben, die Schutzmechanismen im Arbeitsrecht seien ausreichend.

Schleichender Sozialabbau

Während die einen also atypische Beschäftigungsverhältnisse mit einer steigenden sozialen Ungleichheit gleichsetzen und als „prekär“ abwerten, sehen die anderen sie als Antwort auf eine bunte, dynamische Dienstleistungsgesellschaft und als Türöffner zu mehr Beschäftigung. Prekär, so Steinlechner, sei das nahezu stagnierende Lohnniveau in Österreich bei gleichzeitiger, wenn auch mäßiger, Teuerung. Da liege der Grund für die konstante Quote von 26 Prozent armutsgefährdeter Vollzeitarbeitender – nicht in den Strukturen des Arbeitsmarktes.

Doch auch Steinlechner bereitet das Sorgen, was sich am Arbeitsmarkt hinter den nackten Zahlen abspielt. Ein Medienunternehmen beispielsweise macht aus einem älteren Angestellten mit 4.000 Euro brutto zwei 30 Stunden Werkverträge zu je 2.000 Euro monatlich. Die Firma spart dadurch sehr viel Geld und bekommt obendrein über 50 Prozent mehr Leistung. Derartige Beispiele gibt es Tausende. „Viele Teilzeitjobs, Werkverträge oder EPU sind in Wahrheit frühere Vollzeitstellungen. Da wird eiskalt gespart“, sagt Norman Wagner von der Arbeiterkammer. Und es ist nicht nur die Privatwirtschaft, die spart. Die Neos etwa suchten dieser Tage für ihre Parteizentrale einen Grafiker. 1.400 Euro pro Woche, mit Werkvertrag. Eine Anstellung sei kein Thema. Der Berufsverband der GrafikerInnen fand das Angebot dennoch toll. Offenbar deshalb, weil das Honorar gut und eine Anstellung keine Selbstverständlichkeit mehr ist. Ein anderes Beispiel: Die Stadt Salzburg sucht jemanden, der Radwegprojekte managt. 25 Wochenstunden in etwa. Anstellen könne man aber niemanden, die Töpfe dafür seien ausgeschöpft. Man vergebe lieber Werkverträge.



Friedrich Steinlechner, AMS Salzburg: Uns ist bewusst, dass der Anteil der Armutsgefährdeten unter den Teilzeitarbeitenden größer wird.

Viel Arbeit, wenig Geld

Für die Betroffenen bedeutet diese Praxis zunächst oft nur etwas weniger Einkommen. Doch langfristig fehlt den Leuten die Substanz zum Vermögensaufbau, es fehlt jegliche Absicherung im Krankheitsfall, Urlaube werden – durch den Verdienstentgang in dieser Zeit und ohne Urlaubsgeld – doppelt teuer und in allerletzter Konsequenz droht Altersarmut. „Speziell bei den unteren Einkommensgruppen macht es sich die Wirtschaft sehr leicht“, kritisiert auch Peter Niederreiter von der Schuldnerberatung Salzburg. „Nicht wenige unserer Klienten waren früher zum Beispiel Fließbandarbeiter oder Verpacker in einem Industrieunternehmen. Heute sind sie nur noch drei oder vier Monate dort, als Leiharbeiter. Die Flexibilisierung macht es der Wirtschaft eben sehr leicht, den Menschen nur noch als Kostenfaktor zu sehen.“

LANGFRISTIG FEHLT DEN LEUTEN DIE SUBSTANZ ZUM VERMÖGENSAUFBAU.

Statistiken, wie die Wirtschaftskammer sie gerne zitiert, zeigen zwar, dass am AMS wesentlich mehr Teilzeitjobs angefragt werden als zur Verfügung stehen, doch alle Insider sind sich einig, dass dies kein reales Bild widerspiegelt. „Niemand zählt die Heere an jungen Menschen, oftmals auch an Akademikern, die Jahre lang in prekären und instabilen Arbeitsverhältnissen stecken. Viel Arbeit, wenig Geld, unsichere Zukunft. Daniela, 31, und Reinhard, 35, ein Pärchen aus Wien, sind ein typisches Beispiel dafür: Die beiden AkademikerInnen konnten in ihren Sparten bisher keine Jobs finden. Er jobbt 30 Stunden in einer Bibliothek, sie nimmt nun, nach jahrelangem „Überbrücken“ im Tourismus ein FH-Studium in Angriff. „Bis wir beide halbwegs verdienen, wird's wohl noch dauern“, sagt Daniela ohne Illusionen. Kinder wollen die beiden auch noch, daher wird eine private Altersvorsorge kaum möglich sein. „Für uns heißt's arbeiten bis 70 – das wissen wir heute schon.“

LAGERKOLLER

Hermann A., 46, hatte schon viele Jobs, aber nur wenige für länger. Seit über 20 Jahren pendelt er zwischen Leihfirmen, AMS und Arbeitslosigkeit. Und entspricht damit jenen Lebensläufen, die besonders armutsgefährdet sind.

Eigentlich ist Hermann A. (Name geändert) ausgebildeter Gärtner. Die Gesellenprüfung hat er 1989 in der Donaustadt abgelegt, musste aber nur zwei Jahre später wegen wiederkehrender Hüftschmerzen eine körperlich weniger fordernde Arbeit suchen. Er meldete sich beim AMS, da war Hermann 23 Jahre alt. Schließlich bewarb er sich bei der Supermarktkette Merkur und wurde Lagerarbeiter. Zeitweise fuhr er mit dem Gabelstapler, auch wenn er keinen Führerschein hatte. Das sei kein Problem, sagte ihm der Chef, er solle nur ein bisschen aufpassen. Nach fünf Jahren kam es zu Kündigungen im Unternehmen, Hermann traf es auch. Kurz darauf ließ er sich bei einer Leiharbeitsfirma registrieren, „Amigo oder so ähnlich hat sie geheißen“, sagt Hermann. Dort vermittelte man ihn als Stapelfahrer, er erhielt einen Job bei Milchfrisch (Nömix). Aber nur für eine Woche, als Aushilfe, dann war schon wieder Schluss. Den Staplerschein hatte Hermann damals bereits auf eigene Kosten, um 2.000 Euro in einer Fahrschule gemacht. Nach der Kündigung ließ sich Hermann aus der Kartei der Zeitarbeitsfirma wieder streichen. Die nächste Stelle hatte er sich wieder selbst gesucht: als Handelsarbeiter bei einem anderen Supermarkt. Nun war Hermann Akkordarbeiter, stand bei der Flaschenausgabe und spürte die Schmerzen in der Hüfte. Ein halbes Jahr später kündigte er selbst. Die Hüften und auch ein Kollege machte ihm zu schaffen. Der frühere Läufer, der bei den Österreichischen Meisterschaften unter die vorderen Ränge lief, meldete sich wieder beim AMS. Dann kam der nächste Job, 1996, bei Meinl. Den hatte er auch auf eigene Initiative gefunden, wie er betont. Hermanns Arbeit bestand darin, Waggonladungen am Großgrünmarkt im Zentrallager zu entladen. Paletten und Getränke schlichten, Waren dem Stapler zufüh-

ren. „Das war schwere Arbeit, man musste auch schnell sein“, sagt Hermann. „Aber ich habe mich mit den Kollegen gut verstanden.“ Im Mai 1999 kam es auch hier zu einer Kündigungswelle, Rewe hatte die Firma übernommen. Abfertigung erhielt Hermann keine, ein paar Monate fehlten ihm auf die dafür nötigen 3 Dienstjahre. Wieder AMS. Diesmal vermittelte ihn das Job-Service. Im Sommer begann Hermann bei Marchfeld Gemüse in Raasdorf im Lager, doch schon bald holten ihn die Schmerzen ein, diesmal heftig. Er ging in Krankenstand, schließlich wurde seine Tätigkeit beendet. Knapp 11.000 Schilling hatte er verdient, das fand er „nicht schlecht“. „Ich war als Arbeiter gemeldet, nicht als Angestellter. Das ist für die Firma billiger“, erklärt Hermann, ohne der Firma einen Vorwurf zu machen. Wieder das AMS. Anfang 2000 begann er bei Möbel Ludwig als Vollzeitkraft, im Lager chauffierte er einen sensorgeleiteten Hochstapler. Er führte die Möbel vom LKW zu den Regalen, die 8 bis 10 Meter hoch ragen. Die Hüftschmerzen begleiteten ihn auch hier, nun sollte der junge Mann aber endlich operiert werden. Mit einem neuen Hüftgelenk ging es in die Rehab am Zicksee, danach wieder zum AMS. Die erste echte Durstrecke. Fast ein Jahr fand Hermann keine Arbeit. Die Zeiten waren härter geworden. 2001 meldete er sich schließlich bei Trenkwalder – Leiharbeit, wenn nichts mehr ging. Trenkwalder ist ein großes Unternehmen, hat heute 55.000 MitarbeiterInnen und wurde 2014 zum „Recruiter des Jahres“ gekürt. Auf der Website heißt es: Bei uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Hermann A. vermittelte Trenkwalder 2001 zur Mülltrennung. Dort arbeitete er ein paar Tage am Fließband, dann wurden die Leihkräfte nicht mehr gebraucht. Als nächstes verlieh man Hermann an die Firma Welpa, dort schredderte er Kartons, schlichtete Wellpappe. Ungefähr 9.000 Schilling verdiente er, das war ganz ok, sagt Hermann. Davon konnte man leben. Tankgutscheine gab es damals auch, viele Leihfirmen vergaben die, schließlich mussten die Leute zu ihren Arbeitsstellen fahren. Wer bei Leihfirmen arbeitet, sagt Hermann, erhält keine Pendlerpauschale. Heute habe sich das mit den Tankgutscheinen auch aufgehört. Bei Welpa konnte der mittlerweile 33-jährige schließlich einige Jahre direkt angestellt arbeiten, dadurch verdiente er etwas mehr. Als auch dort Leute gekündigt wurden, fand sich Hermann ohne große Hoffnungen wieder beim AMS ein. „Das AMS“, sagt Hermann, „hat oft nur Stellen vermittelt, die nicht machbar waren. Zu weit weg oder ganz schlecht bezahlt, im Lager oder zur Feldarbeit bei Bauern.“ Auch diesmal verhalf ihm nicht das AMS, sondern eine neue Leihfirma, TTI, zu einem Job. 2006 begann er bei Frisch & Frost im 22. Bezirk,

wo es gefrorene Teigwaren abzupacken galt. „Dort, wo wir waren, war es kühl, aber nicht kalt. Wir mussten weiß angezogen sein, Handschuhe und Plastikmützen tragen.“ Hermann hatte die Teigwaren, die falsch lagen, vom Fließband wegzunehmen und anders zu sortieren. 8 Stunden dauerte so ein Tag, dafür erhielt er rund 1.000 Euro netto. Die Arbeit empfand der ausgebildete Gärtner und langjährige Lagerist als belastend: „Dafür muss man geeignet sein. Man kann kaum an etwas anderes denken, wenn das so schnell geht. Das Radio spielte, sich mit KollegInnen zu unterhalten war aber kaum möglich. Als er mit einem Container gegen eine Mauer fuhr und sich einen Finger brach, ging er in Krankenstand. Die Leihfirma verzichtete in der Folge auf seine Arbeitskraft und strich ihn von ihrer Liste. „Sie meinten, sie können mich nicht so lange im Krankenstand behalten, wegen der Krankenkosten, weil sie dann ja draufzahlen würden.“ Weitere Stationen folgten: In einem Gastro-Lager 2006, wo die Leiharbeiter nach drei Monaten gekündigt wurden, als man sie nicht mehr brauchte. Im Jahr 2007 als Prospektverteiler in Wien, Strasshof und Gänserndorf, ein Job, den das AMS vermittelt hatte. Dort erhielt er die Kündigung, weil man mit seiner Arbeit unzufrieden war. Hermann ging drei Mal vor Gericht, konnte aber nichts ausrichten, die Angestellten hielten zum Chef. Mit den monatlich 1.000 Euro war Hermann aber zufrieden gewesen. Danach verordnete ihm das AMS Simmering einen EDV-Lagerkurs, 2009 einen weiteren. Noch einmal fand er kurz Arbeit, bei der Baumarktkette BauMax, die zuletzt in Insolvenz ging. Seit damals bezog Hermann immer wieder Notstandshilfe. Ein Tagsatz zu 17,90 Euro ergibt zwischen 500 und 560 Euro monatlich. Die Bezirkshauptmannschaft zahlt dazu, was auf die 814 Euro Mindestsicherung für eine Person fehlt. Jobs über Leihfirmen hatte er zuletzt keine mehr bekommen. Sie setzen auf jüngere Arbeitskräfte, erzählt er. Leute ab 35 Jahren würden nicht so leicht unter Vertrag genommen. Hermann ist heute 46 Jahre alt. Im Sommer hat er sein zweites künstliches Hüftgelenk bekommen. Arbeiten möchte er so bald wie möglich. „Das bringt Freude im Leben, man denkt nicht so über Probleme nach. Was nützt es, den ganzen Tag CDs zu hören, wenn man frustriert ist?“ Sein Jobwunsch: eine Arbeit, bei der man sitzt und ein bisschen steht. Etwas am Computer, etwas, wo man sich wohlfühlt. Bis dahin ist der Finanzplan eisern. Schokolade ist Luxus, Fleisch und Eier gibt es ein bis zweimal die Woche. Die nächste Arbeit kommt bestimmt, meint Hermann. Diesmal vielleicht wieder länger.

Text Gunnar Landsgesell

SOZIALPOLITIK

Vor Armut schützen

Die zunehmende Flexibilisierung des Arbeitsmarktes verlangt eine bessere soziale Absicherung auch für atypisch Beschäftigte.

Text: Norman Wagner

Aus Sicht der Arbeiterkammer ist die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes eine ambivalent zu betrachtende Entwicklung. Einerseits ermöglichen kürzere Arbeitszeiten und neue Beschäftigungsformen, flexibler mit Lebenssituationen umzugehen, die abseits der traditionellen innerfamiliären Rollenverteilung stattfinden. Andererseits, und das wiegt leider in vielen Fällen weit schwerer, bedeutet Flexibilisierung oft schlechtere soziale Absicherung, Brüche in der Erwerbskarriere oder mangelnden arbeitsrechtlichen Schutz. Die Folge davon ist nicht selten zunehmende Prekarisierung, sprich: geringe Einkommenssicherheit und Probleme mit dem Verdienst das eigene Leben zu bestreiten.

Das zeigt auch, dass es sinnlos ist, mit der Armutsbekämpfung erst dort zu beginnen, wo Armut bereits existiert. Das ist reine Symptombekämpfung. Armut ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das auf vielen Ebenen konsequent angegangen werden muss. Verteilungspolitisch betrachtet können zwei Interventionsebenen unterschieden werden: die Primär- und die Sekundärverteilung.

Soziale Absicherung

Der Arbeitsmarkt (Primärverteilung): Zu den wichtigsten Aufgaben einer Gesellschaft, die Armut vermeiden will, gehört es, auf dem Arbeitsmarkt ein existenzsicherndes Lohn- und Gehaltsniveau zu schaffen. Dafür ist es notwendig, dort den Wettbewerb zu reglementieren, z.B. über die Festsetzung von (kollektivvertraglichen) Mindestlöhnen, oder Höchstarbeitszeiten. Ebenso wichtig ist es für ein durchlässiges Bildungssystem zu sorgen, durch das

es Menschen möglich wird, notwendige Qualifikationen zu erwerben.

Das Sozialsystem (Sekundärverteilung): Selbst ein sinnvoll geregelter Arbeitsmarkt benötigt ein starkes Sozialsystem, das gegen wirtschaftliche Risiken absichert (z.B. Arbeitslosen- oder Pensionsversicherung) und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Darunter fallen etwa leistbare Kinderbetreuung oder Pflegeeinrichtungen, um betreuenden Personen die Berufstätigkeit zu ermöglichen. Jedenfalls ist es notwendig für eine entsprechende Finanzierung der sozialen Absicherung zu sorgen!

Gerade in Bezug auf atypische Beschäftigung gibt es aber auf beiden Ebenen Probleme. Freiberuflich Beschäftigte sind nicht kollektivvertraglich geschützt, Menschen, die (unfreiwillig) verhältnismäßig wenige Stunden pro Woche arbeiten, erreichen oft kein ausreichend hohes Lohnniveau und Leiharbeitskräfte sind oft von notwendigen betrieblichen Fortbildungsmaßnahmen ausgeschlossen. Dazu kommt, dass niedrige Arbeitslosen- und Pensionsversicherungsbeiträge von Teilzeitbeschäftigten zu entsprechend niedrigen Leistungen im Fall von Arbeitsplatzverlust oder in der Pension führen.

Atypisch Beschäftigte

Das österreichische Sozialsystem – und das ist bei aller berechtigten Kritik eines der besten der Welt – ist von seiner grundsätzlichen Ausgestaltung her nach wie vor am klassischen Vollzeitbeschäftigten orientiert. Daher ist es derzeit nur bedingt dafür geeignet, die fortschreitenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt abzusichern. Der starke Druck den die Wirtschaftskri-

se auf die Finanzierung der sozialen Sicherung, aber auch auf die Löhne ausübt, vergrößert die Probleme zusätzlich.

Aus Sicht der Arbeiterkammer ist es am wichtigsten, gut abgesicherte und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze zu schützen bzw. auszubauen. Das beinhaltet u.a. ein angemessenes Lohnniveau, Weiterbildungsangebote und hohen arbeitsrechtlichen Schutz. Ebenso sehr braucht es ein gut ausgebautes Sozialsystem, das für alle Betroffenen – also auch jene die prekär oder atypisch beschäftigt sind – Sicherheit im Fall von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter oder Invalidität bietet. Darunter fallen u.a. der Ausbau der Arbeitslosenversicherung bis hin zu einer Beschäftigungsversicherung, die Übergänge im Erwerbsleben besser absichert. Oder ganzjährige Kinderbetreuungsangebote, inklusive Ganztagschulen, für eine verbesserte berufliche Integration von Frauen mit Betreuungsverpflichtungen. Besonders in diesem Bereich sind aber noch viele Lücken zu schließen.

Es ist auch notwendig die Praxis weiter zu bekämpfen, dass Arbeitsverträge durch freie Dienstverträge oder Werkverträge umgangen werden. Gerade in diesem Bereich wurden in den letzten Jahren mit Hilfe der Sozialgerichte große Fortschritte erzielt.

Unabhängig von den konkreten Umständen ist es aber jedenfalls notwendig, dass alle politischen Akteur/innen sich einem starken Sozialstaat verpflichten. Nur so können langfristig jene Herausforderungen überwunden werden, die mit einer zunehmend flexiblen Erwerbsgesellschaft einhergehen.

Norman Wagner ist sozialpolitischer Referent der Arbeiterkammer Wien.

TROTZ ARBEIT ZU WENIG ABGESICHERT

Wir gehen auf ein neues Problem zu, das der Altersarmut, sagt die Sozialwissenschaftlerin Karin Heitzmann. Sie kritisiert, dass die Politik zu wenig unternimmt, um Armutsbetroffene zu entlasten. Sowohl aktuell am Arbeitsmarkt, wie auch für die Pension.

*Interview: Clara Akinyosoye
Fotos: Karin Wasner*

Früher war arm, wer keine Arbeit hatte. Und wer Arbeit hatte, konnte sich das Leben leisten. Das gilt heute nicht mehr. Wieso?

Erwerbsarbeit liefert immer noch einen guten Schutz gegen Armut. Bei Menschen, die erwerbstätig sind, ist die Armut wesentlich geringer verbreitet. Aber die Vollzeitbeschäftigung hat abgenommen und Teilzeitarbeit und atypische Beschäftigungen haben zugenommen. Dadurch wird Armut verstärkt. Man muss aber bei der Berechnung aufpassen. Wir berechnen Armut nicht pro Individuum sondern pro Haushalt. Armut bedeutet nicht gleich, dass Menschen Niedriglohnarbeit verrichten.

Sie meinen, wenn zum Beispiel der Mann gut verdient, aber die Frau nicht arbeitet und drei Kinder versorgt werden müssen?

Genau. Sobald drei und mehr Kinder da sind, ist die Wahrscheinlichkeit als arm zu gelten, größer. Das Problem wird verstärkt, wenn es nur ein Einkommen oder Phasen gibt, in denen nicht gearbeitet werden kann. Das Arbeitslosengeld und die Notstandshilfe können den Erverbslohn nicht kompensieren. Auch das Kindergeld

kann den Einkommensverlust nicht ausgleichen. Neu ist das Problem aber nicht. Allerdings hat sich der Arbeitsmarkt verändert. Diese Flexibilisierung des Arbeitsmarktes im Sinne der Liberalisierung hat man zugelassen. Das ist nicht von heute auf morgen geschehen. Ich bin nicht optimistisch, dass das anders werden wird. Die Menschen hanteln sich irgendwie von Arbeit zu Arbeit und sind weniger abgesichert als früher. Wir gehen damit aber auf ein neues Problem der Altersarmut zu. Unser System belohnt lange Beschäftigung in Form einer hohen Pension. Was jetzt passiert, wird sich in der Pensionshöhe widerspiegeln.

Das trifft schon heute besonders Frauen. Ist das nicht auch ein Versagen der Frauenpolitik?

Trotz dieses Wissens wird relativ wenig gegengesteuert. Und die Atypisierung gilt nicht mehr länger nur für Frauen. Es wird auch mehr Männer treffen. Wir haben in Österreich keine echte Grundpension. Sie hängt immer davon ab, wieviel man gearbeitet hat. Arbeit gibt es genug – Familien-, Betreuungs- und Pflegearbeit zum Beispiel.

Das Problem ist, dass die so nicht in der formellen Erwerbsarbeit angeboten werden.

Ist die Mindestsicherung ein geeignetes Instrument gegen Armut und erreicht sie alle, die sie brauchen?

Wir wissen noch nicht viel, weil es erst seit 2010 gibt. Aber die Mindestsicherung kann die Menschen gar nicht über die Armutsgrenze heben, weil sie darunter angelegt ist. Trotzdem ist sie eine Verbesserung. Die Menschen sind gesundheitlich abgesichert und bekommen unabhängig davon in welchem Bundesland sie leben gleich viel Geld. Nach wie vor gibt es aber eine ungleiche Verteilung. Wien zahlt am meisten aus. Das liegt wohl daran, dass in den Bundesländern die Stigmatisierung und die Scham noch höher sind. Wir wissen nicht wie viele Menschen die Mindestsicherung nicht in Anspruch nehmen, obwohl sie könnten. Manche wissen vielleicht auch zu wenig über die Leistungen Bescheid. Schätzungen zufolge könnten österreichweit doppelt so viele Menschen Mindestsicherung beantragen. Es gibt aber auch konservativere Schätzungen.



Ist der Diskurs über Armut Schuld, dass sich Menschen schämen ihre Situation zu offenbaren?

Es gibt Studien, die vergleichen wie Länder über Armut berichten. Da gibt es große Unterschiede. In den USA zum Beispiel läuft der Diskurs in Richtung „Armut ist selbstverschuldet“ und in den klassisch sozialdemokratischen skandinavischen Staaten wird deutlich positiver berichtet. Es geht sehr stark um würdige und unwürdige Arme. Würdig, das sind die Familien. Unwürdig, das sind die Obdachlosen und Bettler. Sie werden nicht gezeigt. Im Diskurs schwingt immer viel Ideologie mit. Wer ist überhaupt würdig Hilfe zu bekommen? Nur wer fleißig gearbeitet hat? Eine Gerechtigkeitsdebatte wird aber nicht geführt.

Die Statistik Austria hat kürzlich die aktuellen Zahlen zu Armut präsentiert. Obdachlose Menschen waren da auch kein Thema.

In diesen Berichten sind nur Menschen, die in privaten Haushalten leben, drinnen. Menschen, die in einem Heim oder obdachlos sind, werden nicht erfasst. Das heißt, es fehlt eine große Gruppe armer Menschen. Die Berichte beruhen auf Befragungen und dafür braucht man eine Adresse. Diese Zahlen sind immer nur eine Annäherung.

Wenn es um Armut geht, dann ist meist Afrika Thema. Hat auch Europa ein Armutsproblem?

Das ist eine Frage der Definition. Wenn wir von absoluter Armut sprechen, dann haben wir kein Problem - zumindest nicht in den westlichen Ländern. Wenn wir von Armutsgefährdung, also relativer Armut, sprechen, sieht das anders aus. Relevant ist, was für uns ein menschenwürdiger Le-

EINE GERECHTIGKEITSDEBATTE WIRD NICHT GEFÜHRT.

bensalltag ist. Es gibt interessante Ergebnisse aus der Glückforschung. Wichtig für die Zufriedenheit eines Menschen ist der Vergleich zu seinem Nachbarn. Wenn der deutlich mehr hat als ich, dann bin ich viel unglücklicher, selbst wenn ich weiß, dass es mir im Vergleich zu jemand anderem hervorragend geht. Deshalb sind gerechtere Gesellschaften glücklicher. Und da ist erst in zweiter Linie wichtig, wieviel diese Gesellschaft überhaupt zur Verfügung hat. Eines der glücklichsten Länder ist Bangladesch, weil dort die meisten Menschen einen ähnlichen Standard haben. Bei uns geht es beim Armutsbegriff weniger ums Überleben, sondern darum ob

man in der Gesellschaft teilhaben kann. Wenig Geld heißt auch wenig Sozial-, und Kulturleben. Im EU-Vergleich stehen wir nicht schlecht da. Das macht es politisch leichter zu sagen: es läuft eh gut.

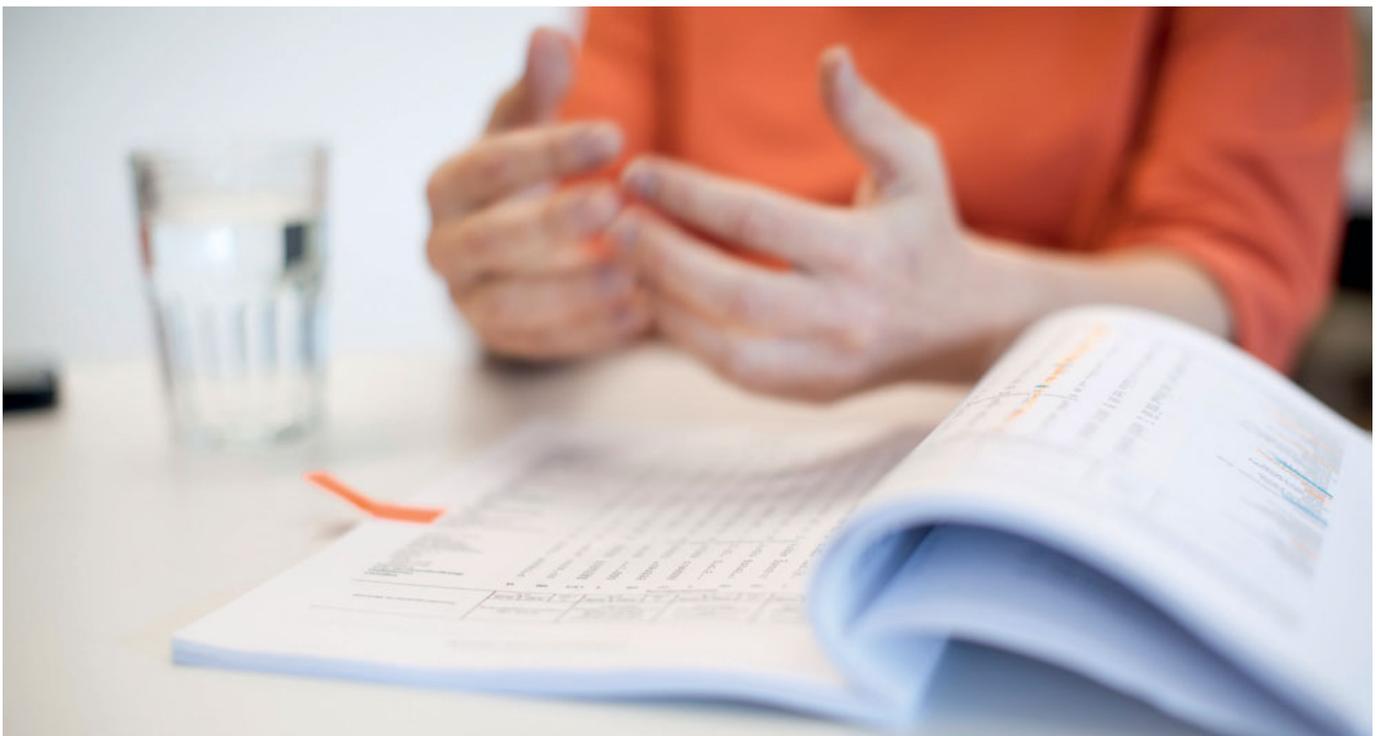
Macht die Politik denn zu wenig?

Wir machen seit etwa 15 Jahren Armutserhebungen. Wir haben immer eine ziemlich gleich bleibende Struktur. Es sind vor allem Alleinerzieherinnen, Großfamilien, Personen mit Migrationshintergrund, Menschen mit geringer Ausbildung. Man kann genau sagen wo und wieso. Und trotzdem tut man zu wenig, um genau für diese Menschen etwas Gruppenspezifisches anzubieten. Der Niedriglohnsektor bricht uns weg. Die Produktion wird in andere Länder verlagert. In einer globalisierten, arbeitsteiligen Gesellschaft müssen wir uns auf die Ressource Wissen konzentrieren. Langfristig ist da Bildung ganz entscheidend. Kurzfristig: Wir wissen welche Gruppen arm sind. Ich verstehe nicht, warum es nicht möglich ist, die Menschen gezielter zu entlasten.

Wenn man einmal arm ist, wie schwierig ist es, wieder rauszukommen?

Laut den Zahlen gibt es eine hohe Fluktuation. Das sind Menschen, die immer rund um die Armuts Grenze leben. Irgendwann

Heitzmann: Im EU-Vergleich stehen wir nicht schlecht da. Das macht es politisch leichter zu sagen: Es läuft eh gut.





Heitzmann: Ich bin für eine echte Grundsicherung: Wir legen auf gewissen Ebenen Standards fest, sei es bei der Arbeit, Gesundheit oder Mobilität, und unter die soll niemand fallen. Einkommen ist ein Teil davon.

ist das Kind groß und der Haushalt ist kleiner oder es gibt wieder Erwerbsarbeit. Das trägt dazu bei, dass sich die Lage verändert. Aber wir haben strukturelle Armut. Die Faktoren kennen wir. Man müsste selektiv darauf reagieren.

Wie sehen Sie die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens?

Generell halte ich ein bedingungsloses Grundeinkommen für eine gute Idee, wenn es darum geht, die Leute vom quasi Überleben zu entlasten. Dann müsste es aber auch eine dementsprechende Höhe haben. Aber ich halte es für politisch nicht durchsetzbar. Skeptisch bin ich allerdings was die liberale Ausrichtung des Grundeinkommens betrifft. Das heißt: Jeder kriegt ein Grundeinkommen und that's it. Damit muss man dann alles abdecken. Die Bedürfnisse der Menschen sind sehr unterschiedlich. Es gibt Menschen, die krankheitsanfälliger sind. Für die ist der Betrag X eine andere Größe als für jemanden, der keine Probleme hat. Ich bin für eine echte Grundsicherung: Wir legen auf gewissen Ebenen Standards fest, sei es bei der Arbeit, Gesundheit oder Mobilität, und unter die soll niemand fallen. Einkommen ist ein Teil davon.

Diese Grundsicherung soll aber auch bedingungslos sein?

Das ist etwas was man sich in einer Gesellschaft aushandeln muss. Letztlich geht es darum, was man für ein Menschenbild hat und was man möchte, dass die Menschen zugesichert bekommen und was sie sich selber verdienen müssen. Und da gibt es je nach dem wo man lebt unterschiedliche Ansichten. In Skandinavien ist der Bürgergedanke sehr stark ausgeprägt. Da fühlt sich die Gesellschaft dafür verantwortlich, dass es den Leuten gut geht. Und Besserverdienende verzichten gerne auf einen Anteil ihres Einkommens, um das zu bewerkstelligen. Dann haben wir eher liberale Gesellschaften, wo es fast als obszön bewertet wird, dass man sich auf einen Sozialstaat verlässt. Ich persönlich glaube, dass die Gesellschaft eine Verantwortung hat, Menschen, die benachteiligt sind, zu unterstützen. Wir sind nicht alle von Anfang an gleich und sollten nicht so tun als ob.

Karin Heitzmann ist Soziologin und Wirtschaftswissenschaftlerin. Sie ist Assistenzprofessorin am Institut für Sozialpolitik der WU Wien und leitet dort die Forschungslinie „Armut und soziale Ausgrenzung.“

IMPRESSUM

MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00-9,
redaktion@momagazin.at,
www.sosmitmensch.at

REDAKTION:

Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun),
Petja Dimitrova (Porträt-Illus), Alexander
Pollak (apo), Karin Wasner (Bilder),
Andreas Görg, Magdalena Summereder

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Clara Akinyosoye, Nasila Berangy, Adrian Engel,
August Gächter, Stefan Kraft, Reinhard Krennhuber,
Gunnar Landsgesell, Sonia Melo, Gebrüder Moped,
Wilhelm Ortmayr, Alexander Pollak, Martin Schenk,
Philipp Sonderegger, Siegfried Stupnig, Norman
Wagner, Watch the Med Alarm Phone Gruppe Wien

BUSINESS DEVELOPMENT: Magdalena Summereder

COVERBILD: Karin Wasner

LEKTORAT: Susanne Drexler

ARTDIREKTION: Mitko Javritchev

LAYOUT-KONZEPT: Theo Kammerhofer

DRUCK: Ferdinand Berger & Söhne GmbH,
Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN: Sandra Lakitsch

office@sosmitmensch.at, T +43 1 524 99 00-18
ABOS: Bernhard Spindler, abo@momagazin.at
T +43 1 524 99 00-18

VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“,
Straßenkolportage

AUFLAGE: 30.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,
T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,
Mail: office@sosmitmensch.at
Web: www.sosmitmensch.at
ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und
Herausgeberin: SOS Mitmensch
Sitz: Wien

Geschäftsführung: Alexander Pollak,

Gerlinde Affenzeller;

Obmann: Max Koch

Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,

für Menschenrechte, Demokratie

und Migration

ZVR: 22747570

SPENDEN:

IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590

BIC: OPSKATWW

MO ist das Medium von SOS Mitmensch
gegen Rassismus und Diskriminierung,
für Menschenrechte, Demokratie und
Migration.

Der Nachdruck der Beiträge ist bei Nennung
der Quelle und Übersendung von Belegexemplaren
ausdrücklich erwünscht, wenn das Copyright nicht
ausgewiesen ist. Die Rechte der Fotografien liegen
bei den UrheberInnen.

Falls kein/e Urheber/in ausgewiesen ist:
SOS Mitmensch.

„RAUSWURF WEGEN ASYL- WERBERN“

Unlängst verbreitete FP-Chef Strache eine Falschmeldung der Krone: Mindestrentnerin muss wegen Asylwerbern Wohnung räumen. Welche staatlichen Zuwendungen erhalten diese beiden sozial schwachen Gruppen wirklich?

Text: Nasila Berangy

Da hatte sich FPÖ Parteichef Heinz-Christian Strache schlecht informiert, als er auf seiner Facebook Fanpage postete: „So wird mit unserer älteren Generation heute umgegangen... Schämt euch!“ Es ging um eine Mindestrentnerin in Salzburg, die laut Kronen Zeitung ihre Wohnung räumen musste, weil Asylwerber dort einzogen. Doch weder wurde die Salzburgerin delogiert, noch hätten AsylwerberInnen überhaupt Anspruch auf die so genannte Integrationswohnung. Und wieder wurde ein politisches Spiel bedient: die Ärmsten gegeneinander auszuspielen. Sozial gedacht wäre die Frage vielmehr: Was erhalten AsylwerberInnen und MindestpensionistInnen also tatsächlich an finanzieller Unterstützung vom Staat? Und welche Ansprüche stehen ihnen zu? Die Arbeiterkammer und Volkshilfe in Oberösterreich haben es in drei Varianten ausgerechnet.

Wovul leben Asylsuchende und MindestpensionistInnen in Österreich wirklich?
AK und Volkshilfe haben es in drei Varianten ausgerechnet.

Variante 1

Eine Familie mit z.B. drei Kindern wird in einem Gasthaus oder Flüchtlingslager in einem Mehrpersonenzimmer untergebracht. Die UnterkunftsbetreiberInnen erhalten dafür 19 Euro pro Tag und pro Person. Dafür müssen Frühstück, Mittag- und Abendessen ausgegeben werden. An Bargeld erhält ein Mensch 40 Euro im Monat. Eine fünfköpfige Familie würde somit fünf Mal 40 Euro bekommen. Das ergäbe in Summe 200 Euro für diese große Familie. Fahrscheine, Hygieneartikel, Tampons und ähnliches müssen von diesem Geld selbst gekauft werden.

„Eine Inflationsanpassung ist im Grundversorgungsgesetz von 2004 nicht vorgesehen“, sagt Christian Schörkhuber von der Volkshilfe Oberösterreich. Weder beim Tagesgeld noch bei der Entlohnung der Flüchtlingsbetreuung, die mit 2.000 Euro brutto festgelegt ist. Ein Fixbetrag, der keine Lohnerhöhungen berücksichtigt.

Immerhin wurde 2013 der Tagessatz von 17 auf 19 Euro angehoben. Für Johannes Peyrl von der Abteilung Arbeitsmarkt und Integration der AK Wien liegt es auf der Hand, dass das nicht kostendeckend sein kann. Auch Andrea Toja, Leiterin der INTO Salzburg und Regionalvertreterin des Diakonie Flüchtlingsdienstes, hält mehr finanzielle Unterstützung für unumgänglich. Immer wieder gibt es Beschwerden über vor allem privat geführte Quartiere. In Zeiten, in denen jedes Bundesland zur Erfüllung der Quote angehalten wird, sei es aber schwer, Quartiere aufzulassen. Aktuell wird eine Erhöhung des Tagsatzes auf 21 Euro diskutiert. Dass es bislang zu keiner Anhebung kam, hängt auch mit der „komplizierten Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern zusammen“ erklärt Schörkhuber. Es herrscht Einstimmigkeitsprinzip, Kärnten war bis vor den Wahlen dagegen.

Variante 2

AsylwerberInnen können aber auch ein sogenanntes Selbstversorgungsquartier beziehen. Anstelle der Verköstigung wird ein monatliches Essensgeld von 165 Euro pro Erwachsenen und 121 Euro pro minderjährigem Kind ausbezahlt. Für die fünfköpfige Familie bedeutet das 693 Euro pro

Monat. Auch hier sind Hygiene- u.a. Artikel selbst zu bezahlen. Bei beiden Varianten kommt eine Bekleidungshilfe von maximal 150 Euro pro Jahr dazu. Allerdings als Gutschrift für Second-Hand-Läden und nicht als Bargeld. Auch für den Schulbedarf gibt es einen kleinen Zuschuss: maximal 200 Euro pro Schuljahr. Die Betroffenen sehen das Geld aber nicht, es wird von der Schule verwaltet. Und auch Freizeitaktivitäten werden berücksichtigt: Dafür gibt es höchstens 10 Euro im Monat. Etwa, wenn Jugendliche sich beim örtlichen Fußballclub anmelden wollen.

Die Praxis, zweckgebundene Gutscheine statt Bargeld auszugeben, ist umstritten. Die Menschen sind damit fremdgesteuert und müssen mit ganz wenig Geld auskommen, kritisiert Toja. Dass die Schulen das Geld für Schulbedarf selbst verwalten, sieht Schörkhuber hingegen positiv. Diese erhielten bessere Konditionen bei größeren Bestellungen.

ASYLSUCHENDE ERHALTEN GUTSCHEINE FÜR SECOND- HAND-LÄDEN UND MAXIMAL 10 EURO FÜR DIE FREIZEIT.

Dürften AsylwerberInnen regulär arbeiten, gäbe es diese Diskussionen nicht. Im Winter stehen in manchen Gemeinden Hilfsarbeiterjobs wie die Schneeräumung offen, das Honorar: höchstens 110 Euro pro Monat. Da diese Jobmöglichkeiten beschränkt sind, wird darauf geachtet, dass pro Familie nur eine Person „zum Zug kommt“, das ergibt in der Praxis ein Taschengeld von ca. 50 Euro. Karitative Einrichtungen kooperieren zudem mit Paten und Patinnen. Schörkhuber: „Die Regel ist, dass Asylwerber mit dieser Gesetzeslage auf fremde Hilfe angewiesen sind“.

Variante 3

Eine Privatwohnung. Dabei erhält die fünfköpfige Familie pro Person einen maximalen Zuschuss von 240 Euro für die Miete und Betriebskosten, 200 Euro Essenszuschuss für Erwachsene und 90 Euro für Minderjährige. Das ergibt in Summe für fünf Leute 910 Euro. Davon müssen allerdings sämtli-

che Lebenserhaltungskosten bezahlt werden. Andere Zuschüsse gibt es in diesem Modell nicht. Fazit: Es ist kaum finanzierbar. Schörkhuber: „Viele innerhalb der Beamtenschaft hatten mit den Privatwohnungen überhaupt keine Freude und wollten diese stark einschränken. Eine Einschränkung erweist sich dabei als sehr wirksam: weniger Unterstützungen.“ In Frage kommt Variante 3 für die Wenigen, die Unterstützung von Dritten erhalten, also von Familienangehörigen oder PatInnen. Wer das nicht hat, muss in der „normalen“ Grundversorgung bleiben. Bei allen drei Modellen sind die Personen übrigens krankenversichert.

Mindestsicherung

Im Gegensatz zu AsylwerberInnen haben PensionistInnen oder arbeitslos gemeldete Personen Anspruch auf die Mindestsicherung. Eine Mindestpension gibt es in Österreich zwar nicht, aber „wenn die Pension auch nur um einen Euro unter diesem Betrag liegt, kann man eine Ausgleichszulage beantragen“, erklärt Peyrl. Weitere Einkünfte dürfen allerdings keine bezogen werden. Alleinstehende oder AlleinerzieherInnen erhalten 813,99 Euro. Paare erhalten pro Person 610,49 Euro und pro Kind noch einmal maximal 219,78 Euro. Für eine fünfköpfige Familie ergibt das in Summe 1.880,32 Euro. Das entspricht dem doppelten Wert der Flüchtlingsfamilie.

Dazu kommt die Familienbeihilfe, die pro Kind und Monat ab 109,70 Euro aufwärts bezahlt wird. Der Zuschuss erhöht sich mit dem Alter und der Anzahl der Kinder. Eltern, die Anspruch auf Familienbeihilfe haben (keine AsylwerberInnen), dürfen für maximal 30 Monate mit einem Kinderbetreuungsgeld rechnen. Ein Schulstartgeld von 100 Euro wird österreichweit ausbezahlt und automatisch überwiesen. NÖ, die Steiermark und Vorarlberg vergeben weitere Schulstarthilfe, Fonds für einen Heizkostenzuschuss, für Sozialhilfe, Wohnbeihilfe u.a. stehen offen. Nicht zu vergessen, der Mobilitätspass in Wien. Er steht BezieherInnen von Mindestsicherung zu. Öffentliche Verkehrsmittel können so günstig genutzt werden. AsylwerberInnen müssen hingegen oft ihr gesamtes Taschengeld für Fahrtkosten ausgeben.



Österreich hat einen sehr großen Arbeitskräftebedarf, auch jetzt wirbt das AMS Arbeitskräfte in Ungarn, der Slowakei und Rumänien an.

ENDE DES ARBEITS- VERBOTES

Soll der Arbeitsmarkt wieder für Flüchtlinge geöffnet werden? Ja, sagt der Sozialwissenschaftler August Gächter. Das würde fehlende Arbeitskräfte bringen und Bund und Ländern zusätzliche Einnahmen von rund acht Milliarden Euro bescheren.

Flüchtlinge in Österreich sind seit einem Erlass aus dem Jahr 2004 vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Was wären die Auswirkungen, wenn sie arbeiten dürften? Ich hatte einen Auftrag vom Österreichischen Städtebund, auszurechnen, was es allein den Gemeinden an zusätzlichen Einkommen bringen würde, wenn die Qualifikationen von Flüchtlingen am Arbeitsmarkt adäquat verwertet werden. Die Berechnung ergab zu meinem Erstaunen eine sehr große Zahl: Das würde 1,3 Milliarden Euro jährlich den Gemeinden allein an zusätzlichen Einnahmen bringen. Den Ländern und dem Bund würden um die 8 Milliarden an Einkommen zusätzlich erwachsen, würde man die Leute adäquat beschäftigen und die gering qualifizierten Tätigkeiten, die sie jetzt ausüben, mit anderem Personal besetzen.

Wer verhindert die Aufhebung des Erlasses?

Dazu muss man sich die politischen Verflechtungen ansehen. Aus dem Sozialministerium hört man immer nur die Stimme des Ministers, es gibt dort aber ganz klar zwei Fraktionen pro und contra. Nach meinem Wissen ist auf Regierungsebene durchgängig vereinbart gewesen, dass der Sozialmi-

nister den Erlass nicht ohne die Zustimmung des Innenministeriums aufhebt. Und beim Innenministerium ist die höchste Priorität, dass AsylwerberInnen in Österreich nicht integriert werden. Denn in dem Moment, wo sie hier eine Art von Privat- und Familienleben entwickeln, würde der Artikel 8, Absatz 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention greifen. Dann könnte es schwierig werden, sie abzuschieben für den Fall, dass sie kein Asyl gewährt bekommen.

Wie können Flüchtlinge überhaupt in den Arbeitsmarkt integriert werden?

Aus Sicht des Innenministeriums so, dass das BMI die Leute aus dem Asylverfahren entlässt und ins Gastarbeiterwesen transfert. Das hat man in der Vergangenheit regelmäßig gemacht. Beim vorletzten größeren Fluchtereignis um 1990 ist das ganz explizit mit den rumänischen Flüchtlingen passiert. In einem Ressortübereinkommen zwischen Sozial- und Innenministerium hat man eine sehr große Zahl rumänischer Asylwerber aus dem Asylverfahren herausgenommen, und in den Arbeitsmarkt entlassen. Betriebe, die sie beschäftigen wollten, erhielten eine entsprechende Bewilligung. Das ging sehr flott. Die rumänischen Flüchtlinge von damals waren wahrscheinlich die beruflich und bildungsmäßig qualifizierteste Einwanderung, die Österreich im 20. Jahrhundert erlebt hat. Die Leute sind sehr gut im Arbeitsmarkt untergekommen. Unser Institut hatte selbst 2003 bis 2005 einen Auftrag von Gemeinden in der Obersteiermark, herauszufinden, was sie als Gemeinden tun müssen, damit ihnen die rumänischen Flüchtlinge als Arbeitskräfte nicht in andere Regionen mit besseren Jobangeboten davonlaufen.

Lässt sich der Arbeitsmarkt von 1990 wirklich mit der heutigen Situation vergleichen?

Nicht ganz, damals war Hochkonjunktur, erstmals seit den 1970er Jahren hatte man ein Wirtschaftswachstum von mehr als 4 Prozent verzeichnet. Aber es gibt einen zweiten vergleichbaren Fall: Im April 1992 hat der Krieg in Bosnien begonnen und damit der Zustrom von Flüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina. Für das Jahr 1992 hatten die Wirtschaftsforschungsinstitute ein negatives Wirtschaftswachstum von einem halben Prozent vorhergesagt. In dieser Situation wären der Sozialminister und auch die Gewerkschaften ganz strikt gegen einen Zuzug mit Arbeitserlaubnis gewesen. Als die Flüchtlinge aus Bosnien kamen, gab es in den Gemeinden eine große Hilfsbereit-

schaft. Das Innenministerium sprach von 90.000 Menschen, davon waren sicherlich 50.000 im erwerbsfähigen Alter. In dieser wirtschaftlich schwierigen Situation ist es trotzdem gelungen, die Leute in den Arbeitsmarkt zu integrieren, allerdings wieder zum Preis, dass sie gering qualifizierte Tätigkeiten ausüben mussten. Am Ende des Jahres hat sich herausgestellt, die Wirtschaft war um 1,6 Prozent gewachsen. Es wäre vermessen, da einen kausalen Zusammenhang herzustellen, aber ich denke, die Tatsache, dass Flüchtlinge mit nichts kommen und alles an Gütern für das Leben brauchen, passt sehr gut zum Gewerkschaftsargument, dass man der Wirtschaft damit hilft, dass man den Ärmsten Geld in die Hand gibt. Weil dieses Geld geht sofort in den Konsum und schafft damit wieder Arbeitsplätze.

Wie sollten die Qualifikationen der Flüchtlinge genutzt werden?

Ich glaube grundsätzlich nicht, dass wirtschaftliche Argumente sehr stark im Vordergrund stehen sollten, sondern Menschenwürde und Menschenrechte. Aber man braucht rationale Wirtschaftsargumente nicht zu verschweigen. Seit dem Zuzug

MAN SOLLTE DEN GEMEINDEN AUCH STÄRKEREN SPIELRAUM GEBEN, SICH FREMDENRECHTLICH EINZUBRINGEN.

aus Rumänien sind die Flüchtlingsbewegungen noch deutlich qualifizierter geworden. Von der sechsten Flüchtlingswelle seit 1945, die hat sich zwischen 1998 und 2005 abgespielt, da gab es ungefähr 200.000 Asylanträge, hat etwa ein Drittel der Leute einen Abschluss von der Matura aufwärts aus dem Ausland mitgebracht. Ungefähr ein Drittel ist am anderen Ende der Skala, und ein Drittel hat eine mittlere Ausbildung. Ein Drittel höhere Bildung, das ist deutlich mehr, als die einheimische Bevölkerung hat, das wirft Probleme auf: Die Betriebe sind nicht darauf eingestellt, das AMS kann mit höherer Bildung überhaupt nichts anfangen. Aber: Ich denke, wenn das Innenministerium sich jetzt erkundigen würde, welche Qualifikationen die Leute mitbringen, und diese Infos den Gemeinden zur Verfügung stellen würde, dann würde es wesentlich leichter fallen, die Leute unterzubringen.

Der Bund hat Probleme, Flüchtlinge in Gemeinden unterzubringen. Wie könnte sich das ändern?

Es ist nicht sinnvoll, zu versuchen, die Leute in Untätigkeit zu halten und wie Häftlinge durchzufüttern, sondern sie rechtzeitig in den Arbeitsmarkt zu überführen, wo sie auch gebraucht werden. Das klingt angesichts des Jammerns über die Arbeitslosigkeit vielleicht paradox – Tatsache ist aber, dass die wiederholten Flüchtlingswellen, die es etwa alle zehn Jahre gibt, nie gereicht haben, um den Bedarf am Arbeitsmarkt zu decken. Es hat zwischen 1988 und 1994 einen Zuzug von ungefähr 200.000 Leuten gegeben, trotzdem hat bereits 1997 das AMS wieder begonnen, Arbeitskräfte im Ausland anzuwerben. Ebenso zwischen 1998 und 2005, wo wiederum 200.000 Asylanträge gestellt wurden. Österreich hat einen sehr großen Arbeitskräftebedarf, auch jetzt wirbt das AMS Arbeitskräfte in Ungarn, in der Slowakei und auch in Rumänien an. Ich denke deshalb, dass die Forderung, den Erlass aufzuheben, günstiger ist als in den vergangenen zehn Jahren. Deshalb, weil die Sozialpartner das geschlossen befürworten. Auf diese Weise können sie einen Teil der Entscheidungsmacht, die sie vor 2002 hatten, wieder zurückbekommen. Und es ist auch vernünftig, dass die Sozialpartner entscheiden, wer wann in den Arbeitsmarkt kann, und nicht die Juristen im Innenministerium. Ich würde auch den Gemeinden raten, sich stärker mit den Sozialpartnern kurzzuschließen, das war immer ein Schwachpunkt in der österreichischen Struktur. Und ich befürworte auch, dass Gemeinden, die Flüchtlinge aufnehmen, ein Mitspracherecht erhalten, ob diese in den Arbeitsmarkt dürfen oder nicht. Es wurde zudem vorgeschlagen, dass die Flüchtlingsaufnahmequoten kleinerer Gemeinden gestaltet werden, nicht nur auf Bundesländerebene. Ich würde vorschlagen, das nicht nur an der Bevölkerungszahl zu orientieren, sondern auch an der Wirtschaftskraft. Das sollte aber nicht nur über Quoten passieren, sondern man sollte den Gemeinden auch stärkeren Spielraum geben, sich fremdenrechtlich einzubringen.

August Gächter beschäftigt sich seit rund 25 Jahren mit Einwanderung und Integration. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Soziale Innovation (ZSI) in Wien. Der Text entstand im Rahmen der von SOS Mitmensch organisierten Pressekonferenz „Wir heben das Arbeitsverbot für Asylsuchende auf“. Bereits wenige Tage später hatten die Online-Petition 17.000 Menschen unterzeichnet.



DAS CAMP DER ARBEITSLLOSEN

Wer in Österreich Fußballprofi werden will, sollte sich das gut überlegen. Denn die Verdienst- und Karrieremöglichkeiten sind nicht rosig, und Arbeitslosigkeit wird auch unter Kickern ein immer größeres Thema. Die Spielergewerkschaft VdF hat deshalb im Sommer erstmals ein Trainingslager für vereinslose Kicker organisiert.

Text: Reinhard Krennhuber



links: Der Kreis der Spieler ohne Verein wurde mit Fortdauer des Trainingslagers zusehends kleiner.
oben: Wieder am Ball - Mirnel Sadovic gehört beim Zweitligisten FAC mittlerweile zum Stammpersonal.

Vom FC AMS in die Erste Liga

Insgesamt 23 Spieler haben im Juli und August an dem Trainingslager teilgenommen, das die Vereinigung der Fußballer mit Mitteln des Arbeitsmarktservice heuer zum ersten Mal organisiert hat. Unter Leitung des ehemaligen ÖFB- und Bundesligatrainers Paul Gludovatz standen in drei zweiwöchigen Blocks sportmedizinische Tests, zwei Trainingseinheiten pro Tag, Testspiele und Karriereberatung auf dem Programm. „Unser Ziel war es, dass die Spieler nahtlos in den Mannschaftsbetrieb einer Profimannschaft wechseln können“, sagt Gludovatz – und dieses Vorhaben ist durchaus geglückt.

Profitiert von der Saisonvorbereitung unter der burgenländischen Sommersonne

DIE BURSCHEN HABEN GEHACKELT WIE DIE WILDEN. O-TON GLUDOVATZ

haben unter anderem Mirnel Sadovic (30 Jahre), Lukas Mössner (30) und Christian Haselberger (25) – alle drei wurden vom Wiener Zweitligaaufsteiger FAC unter Vertrag genommen, wo sie in der Herbstsaison zu Stammspielern avancierten. Für Sadovic war es keine Überwindung, sich für das Camp anzumelden. „Ich habe die Idee von Anfang an super gefunden, weil sich jeder aus unterschiedlichen Gründen einmal beim AMS wiederfinden kann“, sagt der offensive Mittelfeldspieler. Gerade das

Training im Team sei für ihn und die anderen Teilnehmer extrem wichtig gewesen. „Die Bewegungsabläufe und die Übungen mit dem Ball kannst du alleine nicht sinnvoll trainieren“, sagt Sadovic, für den die Stimmung im Camp fern jeglichen Lagerkollers war. „Der Schmäh ist vielleicht sogar ein bisschen mehr gerannt, weil es nicht um Punkte und Prämien gegangen ist.“

Erfolgsquoten und Wermutstropfen

Für die Organisatoren war die Ausgangslage nicht gerade einfach. „Einen Haufen Kicker, die alle um einen neuen Vertrag buhlen, musst du erst einmal bei Laune halten“, sagt Projektleiter Oliver Prudlo. Der ehemalige Bundesliga-Profi kann jedoch auf eine respektable Vermittlungsquote der Camp-Teilnehmer verweisen. „Von 23 haben 11 den Sprung zurück in den Profifußball geschafft. Weitere Spieler haben im Amateurbereich neue Vereine gefunden“, erklärt Prudlo. Und auch die Bilanz seines sportlichen Leiters fällt positiv aus. O-Ton Gludovatz: „Die Burschen haben gehackelt wie die Wilden. Am Nachbarplatz hat die Mannschaft von Wiener Neustadt trainiert. Ich habe da keine Unterschiede feststellen können, was die Intensität und Qualität des Trainings betrifft.“

Allerdings gab es auch Wermutstropfen bei dem Pilotprojekt, für das sich die Organisatoren Anleihen aus Deutschland holten. Dort veranstaltet die Spielergewerkschaft seit mehr als zehn Jahren erfolgreich ein ähnliches Trainingslager. Ei-

Steinbrunn im Burgenland, Anfang Juli: Während die WM in Brasilien in die entscheidende Phase tritt, trainiert auf den Rasenplätzen des VIVA Sportzentrums eine ganz andere Fußballmannschaft. Die Bedingungen sind professionell, die Gesichter der schwitzenden Kicker bekannt. Doch Michael Gspurnig, Peter Hlinka, Cem Atan, Hans-Peter Berger und ihre Trainingskollegen bereiten sich auf eine Saison mit ungewissen Vorzeichen vor. Was sie verbindet, ist, dass sie arbeitslos sind, und der Wille, daran etwas zu ändern. Die Teilnahme am Camp der Spielergewerkschaft VfF (Vereinigung der Fußballer) für vertragslose Fußballer soll diesen Weg beschleunigen.



Wenn ein Spieler 1.100 brutto verdient, dann lässt sich damit kaum ein Lebensunterhalt bestreiten. Paul Gludovatz.

nige der Camp-Teilnehmer fanden keinen neuen Arbeitgeber, darunter so prominente Namen wie der ehemalige ÖFB-Internationale Cem Atan oder Peter Hlinka, der auf über 300 Spiele in der höchsten österreichischen Spielklasse zurückblickt. „Wenn ich sehe, wie gut die beiden physisch beisammen sind, sagt das einiges über die Situation im österreichischen Fußball aus“, meint Gludovatz. Und auch für VfF-Projektleiter Prudlo ist es erstaunlich, wie viele Klassefußballer mit beachtlichen Karrieren keinen Job mehr finden. „Es macht mich nachdenklich, dass scheinbar oft nicht mehr der Bessere, sondern der Jüngere oder Billigere einen Vertrag bekommt.“

Spitzengagen ade

Die Bedingungen, die Prudlo und Gludovatz kritisieren, lassen sich vor allem auf zwei Entwicklungen herunterbrechen, die den österreichischen Fußball seit geraumer Zeit kennzeichnen: gestiegenen Konkurrenzkampf und sinkendes Lohnniveau. Sollte es Zeiten gegeben haben, in denen in der heimischen Bundesliga Milch und Honig geflossen sind, sind sie heute definitiv vorbei. Laut einer im Oktober veröffentlichten Umfrage der Spielervereinigung unter mehr als 400 Profis verdient selbst in der höchsten Liga die Hälfte der Kicker inklusive Prämien nicht mehr als 75.000 Euro brutto pro Jahr, ein knappes Viertel muss mit weniger als 30.000 Euro das Auslangen finden. Noch um einiges schlechter ist die Situation eine Stufe darunter, wo fast zwei

Drittel unter einem Jahreseinkommen von 30.000 Euro bleiben. Nicht mehr viel mit dem Bild des glamourösen Fußballerlebens hat die Erste Liga zu tun: Dort schrammen zahlreiche Spieler nur knapp am gesetzlich garantierten Kollektivvertragslohn von 1.100 Euro brutto pro Monat vorbei. Dieser wurde erst 2008 auf Initiative der Vereinigung der Fußballer eingeführt. Hinzu kommt, dass Österreich laut einer Studie von Ernest & Young eines der wenigen

NICHT DIE BESSEREN, SONDERN OFT DIE JÜNGEREN, BILLIGEREN ERHALTEN EINEN VERTRAG. OLIVER PRUDLO

westeuropäischen Länder ist, in denen es kein Pensionsvorsorgemodell für Fußballprofis gibt.

Doch warum tun sich Fußballer das überhaupt noch an? „Man könnte angesichts dieser Zahlen natürlich sagen, dass es gescheiter wäre, beim Billa als Kassier zu arbeiten“, meint Sepp Zuckerstätter, Lohnexperte der Arbeiterkammer Wien, und verweist darauf, dass der Mindestlohn für ungelernete Arbeitskräfte im Handel bei 1.500 Euro brutto liege. „Allerdings reden wir von einem Superstarmarkt. Niemand spielt wegen 2.000 Euro Profifußball, sondern in der Hoffnung, einmal ein Vielfaches zu verdienen“, so Zuckerstätter. Wobei sich die rund 600 österreichischen Berufskicker in diesem Bestreben einer erheblich höheren Konkurrenz ausgesetzt sehen als

früher. Der aufgerüstete Nachwuchsbetrieb mit zwölf Akademien produziert deutlich mehr Spieler als noch vor zehn Jahren. Und der Prozess hin zum vielzitierten Ausbildungsland ist ins Stocken geraten. Denn die Zahl österreichischer Fußballer, die ins Ausland wechseln, stagniert. Quotenregelungen wie jene aus der Ersten Liga, die vier Spieler unter 22 Jahren auf dem Spielbericht vorschreiben, befeuern die kritische Arbeitsmarktsituation noch weiter.

„Gerade für die Altersgruppe darüber, die sich noch nicht voll im Profigeschäft etabliert hat, ist die Situation extrem schwierig, weil jedes Jahr zahlreiche jüngere und billigere Akademieabgänger in den Arbeitsmarkt drängen“, sagt Oliver Prudlo. Die Neuauflage des VfF-Camps 2015, über die nach einer Evaluierung durch das Sozialministerium entschieden wird, hält der Spielergewerkschafter schon allein deshalb für unentbehrlich, weil die Fußballer dabei für ihre Situation sensibilisiert würden und über den Projektpartner „KADA – Karriere danach“ auch Knowhow in Sachen Aus- und Weiterbildung erhalten.

Augen auf – auch in den Verbänden

Auch auf der Stirn von Paul Gludovatz bilden sich Falten, wenn er an die Arbeitsbedingungen im heimischen Profibetrieb denkt. Für den langjährigen Trainer sind Fußballer in Österreich zwar nicht grundsätzlich armutsgefährdet, er sagt aber auch: „Wenn ein Spieler 1.100 brutto verdient, dann lässt sich damit kaum ein Lebensunterhalt bestreiten, auch wenn viele dieser Jungprofis noch studieren und von ihren Eltern unterstützt werden.“ Umso wichtiger sei es, dass sich Fußballer frühzeitig Gedanken über die eigene Zukunft machen. „Vielen Talenten werden die Augen zugeklebt. Aber sie müssen sich schon vor der Unterschrift unter ihren ersten Vertrag überlegen, was sie nach ihrer Karriere tun wollen“, sagt Gludovatz.

Der ehemalige ÖFB-Trainer nimmt aber auch die Entscheidungsträger in den Verbänden und den Vereinen in die Pflicht. Man müsse den Profigeschäft realitätsnäher gestalten und sowohl die Anzahl der Vereine als auch der Akademien reduzieren, fordert Gludovatz. „Die wirtschaftliche Situation der Vereine wird sich in den nächsten Jahren nicht grundlegend verbessern. Von daher wäre es sinnvoll, den Profibetrieb für die Erste Liga, wie er aktuell zumindest auf dem Papier besteht, zu überdenken.“



Islamgesetz neu verhandeln

Das „Netzwerk Muslimische Zivilgesellschaft“ kritisiert mediale Hysterie und einen Generalverdacht gegenüber Muslimen in Österreich. <http://dieanderen.net/ueber-uns>

SCHNELL ERMITTELT

Entlastungszeuge unerwünscht

Drei junge Männer gehen die Mariahilfer Straße entlang, einer rempelt einen Entgegenkommenden an, greift ihm in die Jackeninnentasche, ein paar Minuten später halten die drei einen Mann an, der sein Rad schiebt. Der eine verwickelt ihn in ein Gespräch, während die anderen ihm in den Fahrradkorb greifen und sich an einer darin liegenden Jacke zu schaffen machen. So lautet die Aussage eines Polizisten außer Dienst, der glaubt, dass er die drei bei einem Diebstahl beobachtet hat. Er verständigte seine Kollegen. 22 Tage waren Ioan, Ivailo

und Boris* daraufhin im Wiener Landesgericht in Haft. Obwohl sie die Tat bestritten, kein Geschädigter auffindbar war und Ioan bei der Einvernahme darauf aufmerksam gemacht hatte, dass der angeblich bestohlene Radfahrer, „Mike“, ein Bekannter von ihm ist. Die Telefonnummer, die er den Beamten vorlegte, riefen sie nicht an. Mike Grätzner, um den es hier geht, ist ein Wiener, der sich in Not geratener Roma-Familien in Wien annimmt. Er kennt Ioans Familie und hatte auf seinem Heimweg mit dem Rad durch die Mahü ein paar

Worte mit den dreien gewechselt. Eher zufällig kam er drauf, dass in dem berichteten Diebstahl er selbst der angeblich Bestohlene sein könnte. Dem Gericht musste er sich regelrecht aufdrängen, um gehört zu werden. Erst als er dem Richter eine schriftliche Stellungnahme schickt, wird er als Zeuge geladen. Bei der Verhandlung am 22. Oktober wurden die drei Männer freigesprochen. Von der Aussage des Polizisten blieb nicht viel außer Zweifel an seiner Beobachtungsgabe. *Martina Handler*
* Namen von der Redaktion geändert.

Migration weltweit stabil

In den vergangenen 20 Jahren blieben die Migrationsbewegungen auf dem Globus gleich. Das berechnete das Institut für Demographie in Wien, das die Bevölkerungszahlen von 196 Staaten berücksichtigte. Nur 0,6 Prozent der Weltbevölkerung hat ihr Land verlassen. Wanderungen in Afrika bleiben vorwiegend auf den Kontinent beschränkt.

Angriffe auf Moscheen steigen

Die Angriffe auf Moscheen in Deutschland haben deutlich zugenommen. Übergriffe von Schmierereien bis gewaltsamen Angriffen stiegen vom langjährigen Schnitt (22 pro Jahr) auf 78 Übergriffe im Zeitraum Anfang 2012 bis März 2014. Der Zentralrat der Muslime fordert die Regierung zu Maßnahmen gegen die wachsende Islamfeindlichkeit.

Mindestlohn in USA soll erhöht werden

US-Präsident Barack Obama möchte für alle US-ArbeitnehmerInnen den Mindestlohn von 7,25 Dollar auf 10,10 Dollar anheben. Laut einer Studie sind ein Drittel der Mindestlohnbeschäftigten über 40 Jahre alt. Die Gehälter decken kaum die Lebenskosten. Die republikanische Kongress-Mehrheit wird wohl blockieren.



US-Präsident Obama: Mehr Lohngerechtigkeit.



SCHULHAFT

Schulhaft

Kommen Eltern in Haft, weil ihre Kinder die Schule geschwänzt haben? Seit letztem Schuljahr ist ein neues Verfahren in Kraft, das Schulverweigerung stufenweise ahndet. Nicht immer wird es wie vorgesehen umgesetzt.

TEXT: ADRIAN ENGEL

Der Zug an der Zigarette ist heute anders als gestern. Bernhard* ist jetzt 16 Jahre alt. „Das muss er natürlich gleich zeigen“, sagt seine Mutter zur Pädagogin. Ihr Sohn rauche noch fertig und werde dann gleich bei der Tür reinkommen. Täglich besucht der nun Sechzehnjährige die Grazer SOS-Kinderdorf-Wohngruppe, wo ihn PädagogInnen schulextern unterrichten. Das Projekt SOS-School-Beaming unterstützt ihn bei seinem Pflichtschulabschluss. Es ist, als würde er in die Schule gehen, nur dass der Unterricht in

eigenen Räumen in Kleinstgruppen oder einzeln stattfindet. „Arbeite aktiv im Unterricht mit, so ersparst du dir später Zeit beim Lernen“, lautet einer der Lerntipps auf der beklebten Türe des größten der drei Räume.

SOS-School Beaming widmet sich seit 2009 Kindern und Jugendlichen, die nicht in die Schule gehen wollen oder sich dort überaus auffällig verhalten. Die meisten der betreuten Kinder und Jugendlichen sind in einer SOS-Kinderdorf-Wohngruppe untergebracht, Bernhard ist einer von drei

betreuten Jugendlichen, die bei ihren Eltern wohnen. Sie sind die Ältesten und gehören zur Gruppe der Schulverweigerer. Die anderen, jüngeren Kinder wollen in die Schule gehen, „haben aber eine geringe Frustrationstoleranz oder eine kurze Aufmerksamkeitsspanne“, erklärt die Projektleiterin Margarethe Krbez.

Bernhard hingegen wollte nicht mehr in die Schule gehen. Seinen Vater sah er kaum, in der Schule sah er sich von groben Lehrerinnen unter Druck gesetzt, die alleinerziehende Mutter kämpfte mit dem Burn



Linzer Studie 2012: 40 Prozent der betroffenen Jugendlichen stammen aus bildungsfernen Schichten.

Out. Irgendwann blieb Bernhard zu Hause in seinem Zimmer – auch mehrere Schulwechsel änderten das nicht. Seiner Mutter wurde mit der Zeit eine Strafe angedroht. Seit dem Schuljahr 2013/14 tritt bei Schulpflichtverletzungen ein Verfahren in Kraft, „im Fall des nicht regelmäßigen Schulbesuchs im Ausmaß von fünf Tagen, 30 Unterrichtsstunden in einem Semester oder drei aufeinanderfolgenden Tagen unentschuldigtem Fernbleiben vom Unterricht“. Ein sogenannter Fünf-Stufen-Plan sieht dann zunächst verpflichtende Gespräche zwischen Eltern und SchülerInnen mit der Lehrperson vor. In der zweiten Stufe werden SchulpsychologInnen oder SchulsozialarbeiterInnen hinzugezogen. Zeigen die Gespräche nach wie vor keine Wirkung, informiert der Direktor die Eltern über die rechtlichen Konsequenzen der Schulabstinenz. Zusätzlich werden in der nächsten Stufe Schulaufsicht und eventuell Jugendwohlfahrt eingeschaltet. Wirkt das alles nicht wie gewünscht, kann es auch zu Verwaltungsstrafen kommen.

Geldstrafe angedroht

Die aktuelle Regelung geht auch auf eine Studie von AK und Uni Linz im Jahr 2012 zurück. Darin kam man unter anderem zum Ergebnis, dass 40 Prozent der betroffenen Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten kommen. Jeder fünfte Jugendliche mit Migrationshintergrund gehöre dieser Gruppe an. Tatsächlich ist der Anteil an migrantischen Kindern statistisch

**Im Jahr 2013 wurden
bundesweit 2.353 Strafen
wegen Schulabstinenz
verhängt.**

jedoch nicht nachzuweisen. SchulsozialarbeiterInnen und die School-Beaming-Verantwortlichen weisen aber darauf hin, dass der Migrationshintergrund nicht so eine große Rolle spielt wie Bildungsnähe bzw. Bildungsferne der Eltern. Staatssekretär Sebastian Kurz hatte damals jedenfalls die Schulabstinenz auf seine Agenda

genommen und sich damals auf die Studie berufen, um ein geregeltes Verfahren und auch höhere Strafen zu fordern. Analog zur Studie forderte er verpflichtende Elterngespräche, eine genaue statistische Erhebung und die Erforschung der Ursachen. Ursprünglich sprach sich Kurz auch für eine Höchststrafe von 1.500 Euro aus. Bildungsministerin Schmied fand relativ schnell einen Konsens, allerdings sprach sie sich lediglich für eine Verdoppelung der Strafe von 220 auf 440 Euro aus. Das Gesetz ging dann relativ rasch durch den Ministerrat. Nun drohen Eltern von Schulschwänzern also Bußgelder bis zu 440 Euro. Im vergangenen Jahr wurden nicht wenige Verfahren eingeleitet. Insgesamt 2.353 Strafen wurden 2013 bundesweit verhängt. In 84 Fällen gingen die Eltern sogar als Ersatzfreiheitsstrafe für wenige Stunden ins Gefängnis.

Eine Zahl, die für das „Delikt“ Schulschwänzen verhältnismäßig hoch erscheint. Schulsozialarbeiter Robert Kern relativiert: „Ich habe noch nie erlebt, dass Eltern eine



Keine guten Erfahrungen einer Mutter: Bei den Beratungsgesprächen geht es nur darum, dass man über den Stufenplan und die Strafe aufgeklärt wird. Aber am Ende bekommt man doch eine Strafe.

Strafe tatsächlich zahlen mussten. Ich glaube, dass es selten dazu kommt. Es wird in den Medien eher so präsentiert, als wäre es die Praxis, ist aber nicht häufig der Fall.“ Robert Kern arbeitet seit drei Jahren an mehreren Neuen Mittelschulen in Graz. Tatsächlich hatten Medien die Berichte über relativ hohe Anzahl von freiwilligen Kurzzeit-Haftantritten später berichtet. Es sei in Kärnten doch nur zu drei anstatt der auf parlamentarische Anfrage genannten 29 Inhaftierungen gekommen, das bestätigt auch die Erfahrungen des Sozialarbeiters Kern. Doch auch die Ersatzfreiheitsstrafen, zu denen es bundesweit tatsächlich kam, sind keineswegs zu vernachlässigen. Der Fünf-Stufen-Plan scheint nicht immer ausreichend zu greifen. Die Mutter von Bernhard fühlt sich schlecht beraten. „Bei den Gesprächen geht es nur darum, dass man über den Stufenplan und die Strafe aufgeklärt wird. Alle erzählen einem das Gleiche, aber am Ende bekommt man doch eine Strafe. Was hilft das dem Kind?“ Sie erzählt, dass ihr die Geldstrafe vom Schuldirektor in scharfem Ton angedroht wurde. Auch in der Schule, die ihr Sohn zuvor besucht hatte, habe sie keine besseren Erfahrungen gemacht: „Die Direktorin meinte: ‚Ich habe selbst drei Kinder und bei denen gäbe es das nicht. Das sei alles eine Frage der Erziehung. Für mich war es das Schlimmste, wie ich vom Schulpersonal angeschaut wurde. Ich bin ja die Böse, die es nicht schafft, ihr Kind unter Kontrolle zu bringen.“

Präventiver Effekt umstritten

Wie erfolgreich das Theorie-Modell „Fünf-Stufen-Plan“ ist, entscheidet sich letztlich in der Praxis, wie School-Beaming-Leite-

rin Krbez erklärt: „Es hängt immer davon ab, wie die Schule den Plan umsetzt und mit den Eltern redet. Sucht die Schule mit den Eltern Lösungen oder geht es ihr darum, sie her zu zitieren? Das wird ganz unterschiedlich umgesetzt.“ Dass der Ton in den Gesprächen zwischen autoritärer Aufklärung und gemeinschaftlicher Problemlösung pendelt, lässt auch Kern heraushören: „Es besteht keine Garantie, dass aufgrund der Anwesenheit von Sozialarbeitern beim Gespräch optimale Kooperation zwischen den Beteiligten stattfindet.“

Inwiefern Strafen oder deren Androhung einen präventiven Effekt haben, beurteilen

Konzepte für Eltern schulabstinenten Kinder gibt es. Sie werden aber oft nicht umgesetzt.

sowohl der Schulsozialarbeiter als auch die School-Beaming-Leiterin zurückhaltend. Beide können es sich vorstellen. Beide sind sich jedoch auch einig: Kinder gehen nicht wieder in die Schule, wenn ihre Eltern eingesperrt werden. „Man müsste mehr in die unterstützende als in die strafende Richtung gehen. Es hilft den Jugendlichen nicht, die Eltern einzusperren. Es ist sicher zielführender, Schulen überlegen sich, wie sie gut auf Jugendliche zugehen können. Es ist manchmal notwendig, dass man auch nachgeht, wenn jemand nicht in die Schule geht“, sagt Krbez.

Konkret bräuchte es aus Sicht der School-Beaming-Leiterin verstärkt schulpsychologische Angebote und einen Ausbau der Schulsozialarbeit. Ideen und Konzepte für Eltern, die oftmals nicht wissen, wie sie auf

die Schulabstinenz ihrer Kinder reagieren sollen, würden ausreichend bestehen. Umgesetzt würden sie weniger ausreichend. „Es gibt keinen Satz, den ich am Tag öfter sage als ‚Ich habe jetzt gerade keine Zeit‘. Es gibt Tage, an denen wollen dreißig Kinder zu mir kommen. Das geht sich nie und nimmer in den viereinhalb Stunden aus, in denen ich dort bin“, erzählt Robert Kern, der unter anderem gemeinsam mit einer Kollegin eine Schule betreut, die von 150 Kindern besucht wird.

Richtige Umsetzung

Mehr Geld für soziale Betreuung in der Schule wird es in naher Zukunft nicht geben – sowohl auf Bundesebene als auch auf Länderebene und in den Städten. „Wir haben einfach zu wenig Geld für weitere Schulpsychologen“, sagte Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek kürzlich im Interview mit der Tageszeitung Der Standard. Bernhard und die zwei anderen von SOS-School-Beaming extern betreuten Jungs werden ab kommendem Jahr vielleicht von einer anderen Einrichtung betreut, weil sich die Finanzierung durch die Stadt Graz ändert. Sie werden ihren Abschluss eventuell nicht bei School-Beaming machen können, das in der Intensität der Betreuung einzigartig ist.

Eine zusätzliche Forderung, die in der Debatte rund um Schulabstinenz stetig aufflammt, sind Ganztagschulen. „Es braucht aus meiner Sicht unbedingt Ganztagschulen“, sagt Kern. Denn die Schule solle „ein Lebensort“ sein. Doch auch in dieser Debatte mache den Erfolg die Umsetzung aus, erklärt Krbez: „Ich glaube, dass Ganztagschulen eine gute Lösung sein könnten. Aber wenn dann wieder eine Lehrerin für 20 Kinder zuständig ist, dann erhöht das die Problematik nur. Wenn das System nicht ermöglicht, individuell auf das Kind einzugehen, bringt die Ganztagschule nichts.“ Bis in Österreich die Ganztagschule eingeführt wird, hat Bernhard wohl schon seinen Pflichtschulabschluss geschafft. Die Ganztagschule ist bekanntlich ein fundamentales Streitthema zwischen der befürwortenden SPÖ und der ablehnenden ÖVP. Es scheint daher nicht unwahrscheinlich, dass Bernhard auch schon seine Wunschausbildung zum Fitness-Trainer geschafft hat, wenn die österreichischen Schüler täglich bis späten Nachmittag in der Schule gehen.

*Name von der Redaktion geändert.



SPRACHKOMPETENZ

Die einsprachige Schule

Die Aufregung um Türkisch als Maturafach zeigt, wie schwierig sich Mehrsprachigkeit in der Bildungsdebatte vermitteln lässt. Während der Muttersprachenunterricht in Wien seit über 40 Jahren existiert, sind öffentliche bilinguale Schulen nicht vorhanden. Auch für die serbische Gemeinde gibt es kein derartiges Angebot.

TEXT: STEFAN KRAFT

Tatjanas Tochter wächst in einem zweisprachigen Haushalt auf, aber in einem offiziell einsprachigen Bundesland. Tatjana ist eine von ca. 200.000 SerbInnen, die im Großraum Wien wohnen, oder besser gesagt: Eine von 200.000 WienerInnen mit Wurzeln in Serbien oder eine von etwa 250.000 WienerInnen, deren Familie aus (Ex-)Jugoslawien hierher kam. Ihre Tochter zählt zur so genannten dritten Generation, sie wird zweisprachig aufwachsen, aber ihr Unterricht in Kindergar-

ten, Volksschule und Mittelschule wird auf Deutsch verlaufen.

Dafür ausschlaggebend könnte auch die Selbstverständlichkeit sein, mit der Deutsch in der öffentlichen Debatte als „Leitsprache“ propagiert und festgelegt wird. Der Pflege der Erstsprache haftet oftmals der Verdacht an, hier schotte sich eine Gruppe von der (deutschsprachigen) österreichischen Gesellschaft ab. Dr. Rudolf de Cillia, Sprachwissenschaftler an der Uni Wien, sieht das anders. In einer vom Bildungsministerium

verbreiteten Broschüre nennt er gute Gründe gegen diese Argumentation: „Die zentrale Rolle der Muttersprache oder Erstsprache für die sprachliche Entwicklung eines Kindes und für den Schulerfolg ist spätestens seit den Sechzigerjahren pädagogisches Allgemeingut.“ Gerade der Erwerb der Sprachfähigkeit in der Erstsprache (z. B. Serbisch) fördere aber das Erlernen der Zweitsprache (also etwa Deutsch) entscheidend, weil Kinder damit besser in der Gesellschaft verankert würden, so de Cillia.



Žarko Radulović: Hatte als Kind einen weiten Schulweg für muttersprachlichen Zusatzunterricht.



Gordana Ilić Marković: Privat finanzierte bilinbguale Schulen sind der falsche Weg. „Dadurch werden die Kinder erst recht separiert.“

Nur wenige bilinguale Schulen

Es gibt mittlerweile eine Vielzahl an Angeboten für die Förderung der Muttersprache in Österreich, zweisprachigen Unterricht für die serbische Gemeinde zu installieren, hingegen nicht. Auch die „Gastarbeiter“ haben in gut 40 Jahren keine eigenen Schulen geschaffen. Dazu kommt noch die spezielle Sprachenproblematik, die seit dem Zerfall Jugoslawiens herrscht: Was früher unter „Serbokroatisch“ im österreichischen Ausbildungssystem geführt wurde, wird nun als „B/K/S“ bezeichnet, eine Abkürzung für die drei Sprachen Bosnisch, Kroatisch und Serbisch. Obwohl die Unterschiede minimal sind, übernimmt man hier ein politisches Ziel der drei Länder, sich jeweils, auch sprachlich, voneinander abzugrenzen. So ist es wohl auch zu verstehen, diese Sprache(n) unter einer Bezeichnung zusammengefasst zu führen.

„Man hat 150 Jahre lang versucht, die Mehrsprachigkeit in den Nationalstaaten Europas auf Einsprachigkeit zu reduzieren“, meint der in Wien ansässige Historiker Wladimir Fischer. Er forscht intensiv zur Geschichte von Identitätsmanagement und zur Selbstrepräsentation von MigrantInnen, von denen einige schon in der Monarchie um eigene Schulen kämpften. Ein Viertel der Wiener um 1900 waren TschechInnen, die es allerdings bis zum

Ersten Weltkrieg nur zu einer einzigen eigenen Schule brachten. Auch heute existiert wieder eine tschechische Schule im 3. Wiener Gemeindebezirk, wo von Kindergarten bis zur Matura Zweisprachigkeit möglich ist. Sie ist eine von wenigen so genannten bilingualen Schulen mit Öffentlichkeitsrecht in Wien. Ihnen gemeinsam ist, dass sie allesamt privat geführt werden und für sie ein (oftmals hohes) Schulgeld fällig wird. Neben der tschechischen Schu-

Es gibt tschechische, französische, englische, arabische, japanische Schulen. Eine serbische nicht.

le gibt es unter anderem das französische Lycee, mehrere Schulen mit englischsprachigem Unterricht, arabische, schwedische und japanische Einrichtungen. In einer Informationsbroschüre der Stadt Wien heißt es dazu: „Nachgefragt wird dieses elitäre Bildungssystem der International Schools (...) in erster Linie von Personen, welche in der Führungsebene internationaler Unternehmen und -organisationen sowie Botchaften tätig sind, das betrifft rund 1 Prozent aller Wiener SchülerInnen.“ Dazu meint Elfie Fleck vom „Referat für Migration und Schule“ im Bildungsministerium,

dass es sich bei diesen Schulen nicht wirklich um bilinguale Einrichtungen handeln würde – denn Deutsch würde laut Fleck nur als Fach, nicht als allgemeine Unterrichtssprache vorkommen.

Politische Eliten fehlten

Doch wie sieht es für SchülerInnen mit serbischer oder türkischer Muttersprache aus? Während ein (privates) türkisches Gymnasium im Gespräch ist, gibt es keine Schule, die Kindern mit serbischen Wurzeln die jeweiligen Fächer in ihrer Erstsprache näher bringt. Das hat auch mit der langjährigen Einstellung der GastarbeiterInnen zu tun, die anfangs davon ausgingen, recht bald wieder in ihrem Heimatland zu leben und ihre Kinder dort in die Schule zu schicken. Žarko Radulović, als Leiter der „Medien-Serviceestelle Neue Österreicher/innen“ des Öfteren mit der Bildungsproblematik für MigrantInnen befasst, erinnert sich noch daran, dass er als Kind den weiten Weg von Wien nach Perchtoldsdorf unternehmen musste, um dort am Samstag vormittag eine Schule für „muttersprachlichen Zusatzunterricht“ zu besuchen. „Meine Eltern waren damals wie viele Gastarbeiter davon überzeugt, bald wieder nach Jugoslawien zurückzukehren. Deswegen sollte ich die Sprache lernen.“

Weshalb die jugoslawische/serbische Dia-



Wladimir Fischer: Unter den jugoslawischen Gastarbeitern gab es keine politische Elite, die Serbokroatisch als Teil des Schulbetriebs gefordert hätten.

spora nicht darauf drängte, dass Serbokroatisch (wie die Sprache damals offiziell hieß) viel stärker in das österreichische Pflichtschulsystem übernommen würde, erklärt Wladimir Fischer so: „Unter den jugoslawischen Gastarbeitern gab es keine politische Elite, die solche Projekte vorangetrieben hätte. Im Gegensatz zu den Türken kamen auch kaum politische Flüchtlinge aus Jugoslawien hierher.“ Elfie Fleck vom Bildungsministerium bestätigt, dass die Etablierung von bestimmten Sprachen an den Schulen „auch vom Interesse der Zielgruppe abhängt“.

Dennoch hat Österreich den so genannten Muttersprachen-Unterricht 1972 eingeführt. Im Gegensatz zu einer echten mehrsprachigen Schule erlernen die SchülerInnen dabei nur die jeweilige Sprache im Ausmaß von einigen Wochenstunden. Die Teilnahme beruht auf Freiwilligkeit. Seit 1992 ist dieser Unterricht regulärer Teil des österreichischen Schulwesens, und hat sich von einem Angebot für „Gastarbeiterkinder“ zu einem Programm für alle möglichen Erstsprachen entwickelt. Mittlerweile 23 Sprachen sind davon erfasst.

„Schulinterne Konkurrenz“

Verfügbare Zahlen aus dem Jahr 2012 zeigen, dass mehr als die Hälfte aller VolksschülerInnen in Wien (52,9 Prozent) eine

andere Erstsprache aufweisen als Deutsch, bei den HauptschülerInnen sind es sogar 64,1 Prozent. Der überwiegende Teil entfällt neben türkischstämmigen Kindern und Jugendlichen auf jene aus Ex-Jugoslawien, die mit der Muttersprache „B/K/S“ (Bosnisch/Kroatisch/Serbisch) geführt werden. Dennoch beschränken sich alle auf der Webseite des Stadtschulrats publizierten bilingualen Schulversuche auf die so genannten EU-Sprachen wie Englisch, Franzö-

Österreich hat 1972 den so genannten Muttersprachen-Unterricht eingeführt.

sisch, Italienisch oder Spanisch, sowie auf Slowakisch, Tschechisch und Ungarisch. Serbisch hat es auch deshalb nicht leicht, weil es als eigenes Fach gar nicht bestehen kann: „Da in Österreich die Sprachbezeichnung B/K/S in den Schulen lautet, ist es noch nicht möglich, Serbisch im Regelunterricht zu etablieren. Es gibt deswegen Bestrebungen, den Serbisch- wie auch Kroatischunterricht im Rahmen der Privatvereine in Wien anzubieten“, meint Gordana Ilić Marković. Sie unterrichtet am Institut für Slawistik der Universität Wien und hält auch Seminare für mutter-

sprachliche LehrerInnen ab. Nach jahrelangen Bemühungen erreichten sie und eine Gruppe von KollegInnen der Handelsakademie des bfi Wien, dass B/K/S als Unterrichtsfach (zweite lebende Fremdsprache) an der Schule seit 2011 angeboten wird und die SchülerInnen in dieser Sprache maturieren können. Das Modell wurde auch vom Gymnasium am Henriettenplatz übernommen. „Damit wird die Sprache B/K/S als Fremdsprache ins Regelschulwesen übernommen, was ein sehr gutes Zeichen ist in einer Stadt, in der diese sogenannte neue Minderheit so zahlreich ist“, sagt Ilić Marković. Warum Serbisch beziehungsweise B/K/S nicht häufiger als Fremdsprache angeboten wird, hat laut Elfie Fleck vom Bildungsministerium auch praktische Gründe: Es gebe eine „schulinterne Konkurrenz unter den Sprachen“, viele, möglicherweise schon pragmatisierte, FremdsprachenlehrerInnen hätten Befürchtungen, dass sich zuwenig SchülerInnen für ihr Fach melden könnten. Aussicht für Tatjanas Tochter auf von der Stadt oder vom Staat errichtete bilinguale serbisch-deutsche Schulen sieht die Slawistin Gordana Ilić Marković vorläufig nicht. Einzig ein privat finanziertes Projekt sei derzeit denkbar. „Man geht hier den falschen Weg“, sagt sie, „denn durch private Schulen werden die Kinder erst recht separiert“.

STIGMATISIERUNG

„Ein tschetschenenfreies Kärnten“

Der Psychologe Siegfried Stupnig arbeitet seit vielen Jahren mit tschetschenischen Flüchtlingen in Österreich. Ein Gespräch über reale Probleme, politische Feindbilder und den schönen Stadtkern von Grosny.

INTERVIEW: GUNNAR LANDSGESELL

Sie arbeiten seit Jahren mit Tschetschenen in Österreich, was erleben Sie?

Zuerst einmal Ablehnung bei den Fördergebern. Tschetschenische Familien bräuchten dringend Integrationsmaßnahmen, es ist aber oft schon schwer, ein paar Hundert Euro für Fahrtgeld zu bekommen. Posten bei Förderungen werden nicht immer mit Experten besetzt. Man glaubt hier, Geld einsparen zu können, vergisst aber ganz, dass es später viel teurer wird, wenn Jugendliche in die Kleinkriminalität abrutschen oder eine ganze Familie zerbricht. Ich habe über zehn Jahre ehrenamtlich das Projekt einer Fußballmannschaft mit tschetschenischen Jugendlichen betrieben, das gilt als eines der wenigen erfolgreichen Integrationsprojekte in Österreich. Ich denke, dass wir das Schicksal einiger junger Tschetschenen in eine positive Richtung lenken konnten.

Was erzählen Ihnen die Menschen, mit denen Sie zu tun haben?

Da kann man nicht einfach so nachfragen. Es kommen Erlebnisse oft nebenbei im Gespräch heraus, auch von Leuten, von denen man glaubt, da wird nichts ganz Schlimmes passiert sein, weil das Menschen sind, die es ganz gut überstanden haben. Letztens hat mir ein Mann erzählt, er war eine Weile in Geiselhaft, da ist ihm nicht viel passiert, er ist halt geschlagen worden, ein paar Zähne sind ihm ausgeschlagen worden, aber er ist nicht gefoltert worden. So ist also die

Selbsteinschätzung. Und zweimal wurde er abgeführt, man hat ihm die Augen verbunden und ihm gesagt, man wird ihn jetzt hinrichten. Es hat dann auch eine Scheinhinrichtung gegeben. Das sind Dinge, die so nebenbei erzählt werden, nicht unbedingt furchtbare Foltergeschichten, aber welche, bei denen man Angst bekommt. Über Gewalt, die von russischen Soldaten, aber auch von pro-russischen und islamistischen tschetschenischen Kämpfern selbst ausgegangen ist. Die Menschen wurden sicherlich

Man wärmte das alte Feindbild der Kaukasier als Banditen und Terroristen auf.

extremer Gewalt ausgesetzt. Tschetschenien ist sehr klein, die Wahrscheinlichkeit, dranzukommen dadurch sehr groß. Die Anzahl der Schwersttraumatisierten ist prozentual gesehen wahrscheinlich höher als jene von anderen Ländern.

Tschetschenische Flüchtlinge haben das Image schwieriger Flüchtlinge gepachtet. Ist dieser Ruf für Sie nachvollziehbar?

Tschetschenen wurden besonders in Kärnten in den vergangenen Jahren eher negativ gesehen. Unter Haider und Dörfler trieb man die politische Feindbildkonstruktion voran. Die langjährige Russland-Korrespon-

dentin Susanne Scholl wies darauf hin, dass es schon eine negative mediale Darstellung gab, bevor Tschetschenen als Flüchtlinge nach Österreich kamen. Sie wurden in den beiden jahrelangen Kriegen sehr negativ dargestellt, man wärmte das alte Feindbild der Kaukasier auf. Jelzin stellte sie als Banditen dar, Putin als Terroristen. Dieses Bild ist zu uns übergeschwappt. Einzelne Straftaten nützte man dann, um dieses pauschale Urteil zu bestätigen. Da klinkte sich auch Haider ein. Er hatte eben das BZÖ gegründet und versuchte, 2006 in den Nationalrat zu kommen. Eines seiner Themen waren Flüchtlinge. Sie erinnern sich an Haiders Slogan vom „tschetschenenfreien Kärnten“. Auslöser war damals eine Schlägerei auf einem Kinderspielplatz in Klagenfurt, wo es zwischen tschetschenischen und kärntnerischen Jugendlichen zu einer Schlägerei kam. Erst später berichteten die Medien genauer: dass es sich bei den Kärntnern um vorbestrafte Jugendliche aus der rechten Szene gehandelt hatte. Dieser Angriff, gerade in Wahlkampfzeiten, klingt fast nach einer Inszenierung.

Was ist von diesem BZÖ-Sager des „tschetschenenfreien Kärntens“ stimmungsmäßig in der Bevölkerung geblieben?

Ich bin öfters in Schulen in Kärnten für Workshops unterwegs, das ist unter 16-, 17-Jährigen aktuell kein Thema. Es gibt derzeit keine politischen Scharfmacher, vor





ZUR PERSON

Siegfried Stupnig

Siegfried Stupnig, ausgebildeter Psychologe aus Kärnten, beschäftigt sich seit vielen Jahren mit Tschetschenen und Tschetscheninnen in Österreich und gilt als einer der besten Kenner der Flüchtlingsgruppe. Stupnig ist u.a. beim Verein Aspis aktiv, der traumatisierten Menschen Hilfe anbietet. In diesem Jahr hat Stupnig eine Sommerschule mit Kindern geleitet, die vom Österreichischen Integrationsfonds gefördert wurde. Projekte in Gemeinden wie etwa eine geplante Tanzveranstaltung in Klagenfurt und Villach sind sowohl dazu angetan, Begegnungen zwischen ÖsterreicherInnen und TschetschenInnen zu schaffen, wie auch die äußerst heterogene tschetschenische Gesellschaft in Kontakt zu bringen.

Ich denke, dass wir das Schicksal einiger junger Tschetschenen in eine positive Richtung lenken konnten.

allem nicht in der Regierung. Das ist auf jeden Fall besser geworden.

Das Medien- und Politgeschäft ist die eine Seite. Mich würde aber auch interessieren, wie Sie als Psychologe die Menschen wahrnehmen. Liegt Trauma und Gewalt nicht ganz nahe beieinander?

Ja, natürlich werden bei nicht aufgearbeiteten Traumata Gewalterfahrungen auch weitergetragen. Ein Beispiel: Die Mutter eines Problemkindes hat mir vor kurzem erzählt, der Bub hat als Kind miterlebt, wie – wahrscheinlich betrunkene – russische Soldaten ein paar Mal mitten in der Nacht gekommen sind und nach dem Vater gesucht haben. Das Kind war fünf Jahre alt, ist in Panik unter das Bett gekrochen. Er hat erlebt, wie die Soldaten die Mutter bedrohen und alles kurz und klein schlagen. Kinder haben mehrfach mitbekommen, wie bei Säuberungsaktionen Väter unter demütigenden Bedingungen verhaftet wurden. Gut möglich, dass sich ein Erwachsener mit diesen Erfahrungen später in der Position sieht, Rache zu nehmen. Jetzt ist er nicht mehr in der Rolle dessen, der sich unter dem Bett verkriechen muss. So eine unheilvolle Wendung vom Passiven zum Aktiven ist möglich.

Allgemeine Sorge gibt es auch über so genannte Jihadisten. Auch Tschetschenen sind betroffen, wie wird das diskutiert?

Wenn sich Außenseiter extrem brutalen Terrorbanden anschließen, bereitet einem das Sorgen. Auch liberale Tschetschenen

sind darüber entsetzt und sie selbst haben dadurch mit pauschalen Urteilen zu tun. Aber auch konservative, national orientierte Tschetschenen, die in der Unabhängigkeitsbewegung gekämpft haben, sind besorgt. Sie sagen, wir haben in Syrien nichts verloren, und wenn unsere Kinder nicht hier bleiben wollen, sollen sie wenigstens in Tschetschenien kämpfen. Das halte ich persönlich auch für keinen guten Ansatz, es zeigt aber, dass Eltern kein Verständnis für solche Entscheidungen haben. Ich kenne einzelne Biographien von solchen Leuten, was sie verbindet ist ein erlebter Mangel an Perspektiven und teils auch Psychiatrie-Erfahrungen.

2012 reisten FPÖ-Mandatäre rund um Johann Gudenus auf geheime Mission nach Tschetschenien. Gudenus sagte, sie konnten sich selbst überzeugen, dass keine Verfolgung seitens des Präsidenten Ramsan Kadyrow vorliegt.

Nach meinem Wissen hat sich Gudenus nur mit Kadyrow und dessen Umfeld unterhalten. Ich denke, man sieht, was man sehen will und was einem gezeigt wird. Wenn man mit dem Auto durch den Stadtkern von Grosny fährt, sieht der sicherlich schön aus. Barbara Gladysch, eine anerkannte Tschetschenien-Expertin, die von 1996 bis 2011 über zwei Dutzend Male dort war, auch während des Krieges, spricht hingegen von einem Angstfrieden. Sie fährt seit drei Jahren nicht mehr hin, weil sie schon während ihrer letzten Besuche unter Aufsicht gestellt

wurde. Kadyrow hat kein Interesse, dass objektive Berichte in die Welt kommen. Auch für Memorial, die große russische Menschenrechtsorganisation, wird es immer schwieriger, aus Tschetschenien zu berichten. Nach reihenweise ermordeten Journalisten wie Anna Politkowskaja oder Natalja Estemirova werden bis heute kritische Stimmen zum Schweigen gebracht.

Der Krieg in Tschetschenien ist offiziell beendet, auf welche Weise wird weiterhin Gewalt ausgeübt?

Gewalt findet heute zielgerichteter statt. Haben Säuberungsaktionen der russischen Armee früher jeden getroffen, so sind es heute ausgesuchte Familien. Ramsan Kadyrow hat eine Struktur aufgebaut, durch die er den Großteil des Landes kontrollieren kann. Wenn ihm mitgeteilt wird, dass aus einer bestimmten Familie jemand in die Berge gegangen ist, um sich dem Widerstand anzuschließen, dann wird diese Familie unter Druck gesetzt. Es trifft nun die, die es aus Kadyrows Sicht „verdient“ haben. Unlängst hat mir ein junger Tschetschene erzählt, der mit acht Jahren das Land verlassen hat und jetzt Medizin studiert, er hat seine Großeltern besucht und dass viele Leute Angst hätten. Sie fühlen sich eingesperrt wie in einem großen Käfig. Immerhin muss man zugestehen, dass Kadyrow es geschafft hat, dass keine Bomben mehr fallen. Auch dass Tschetschenien mit russischen Geldern strukturell ausgebaut wurde. Der Frieden wird aber durch ein Gewaltssystem erhalten.



WATCHTHEMED.NET

Notruf für Flüchtlinge in Seenot

Ein Netzwerk internationaler MenschenrechtsaktivistInnen will mit einem Alarmphone Bootsflüchtlingen helfen, die im Mittelmeer in Seenot geraten sind.

TEXT: „WATCH THE MED ALARM PHONE“ GRUPPE WIEN

Die Meldungen über gekenterte Flüchtlingsboote kommen so regelmäßig, dass die Zahlen mittlerweile schal wirken. 160 Tote? 300? 34? Es fällt schwer, dazu noch Emotionen zu entwickeln. Der 3. Oktober 2014 wurde als Gedenktag begangen, ein Jahr zuvor waren 368 Menschen bei einem Schiffsunglück kurz vor Lampedusa ums Leben gekommen. Das wäre mit einem Rettungseinsatz zu verhindern gewesen. Oder mit einer anderen Migrationspolitik.

Watch the Phone

Wir haben genug davon, im Nachhinein zu trauern, im Nachhinein anzuklagen, zu sagen, dass etwas nie wieder passieren soll, auf dessen Wiederkehr wir uns politisch aber verlassen können. Um dem Sterben etwas Handfestes entgegenzusetzen, haben wir als Netzwerk von MenschenrechtsaktivistInnen aus Wien, Tunis, Athen, Palermo und vielen weiteren Städten Europas und Nordafrikas daher ein internationales Notruftelefon für Bootsflüchtlinge am Mittelmeer eingerichtet. Das „Watch the Med Alarm Phone“ ist rund um die Uhr besetzt und wird von mehrsprachigen Teams betreut. Wenn Migran-

tInnen/Flüchtlinge in Not diese Nummer anrufen, leiten wir ihren Notruf so schnell wie möglich an die zuständige Küstenwache weiter und gleichzeitig dokumentieren wir, ob und wie schnell ihnen geholfen wird.

Lippenbekenntnisse?

Seit Anfang des Jahres 2014 starben bereits mehr als 3.000 Menschen beim Versuch, das Meer, sei es von Marokko nach Spanien, von Tunesien oder Libyen nach Italien oder von der Türkei auf die griechischen Inseln zu überqueren. Einen „Wendepunkt für die europäische Flüchtlingspolitik“ forderte Martin Schulz, Präsident des Europaparlaments im Oktober letzten Jahres, anlässlich des Schiffsunglücks vor Lampedusa. Dieser Wendepunkt ist aber nicht in Sicht. Ein Jahr später fand sich Schulz wieder zu den Trauerfeierlichkeiten auf Lampedusa ein. Und wieder sprach er von der dringlichen Notwendigkeit, das Sterben zu stoppen, doch die Politik geht unverändert weiter. Lippenbekenntnisse also?

Leben retten

Wir möchten mit dem Notruftelefon jedenfalls mitwirken, Leben zu retten, aber wir

möchten auch zu einem gesellschaftlichen Einverständnis darüber beitragen, dass das Grenzregime, das wir gerade erleben, zu einem schnellen Ende kommen muss. Indem allen Menschen letztendlich der individuelle Drang oder die lebensrettende Notwendigkeit zugestanden wird, sich ungehindert von einem Ort zum anderen zu bewegen, wird mit einem Schlag ein ganzer Haufen an Problemen gelöst werden. Das größte davon ist der Verlust von Menschenleben. Ein anderes, dass politische Grenzen profitabel sind, so lange sie geschlossen bleiben – für „SchlepperInnen“ genauso wie für Grenzschutzagenturen.

Kontakt: alarmphone-vienna@riseup.net

Unterstützungserklärungen für das „Watch the Med Alarm Phone“ sind weiterhin erwünscht. Auf der Website watchthemed.net ist der Aufruf nachzulesen. Dort finden sich auch Informationen zum Watch the Med-Spendenkonto.

**„Ich möchte, dass alle
die gleichen Chancen haben.“**

Wien  mich

LIEBE LIDJA,

das ist ein Anliegen, für das wir uns in Wien täglich einsetzen. In der Gesellschaft und am Arbeitsmarkt müssen allen Menschen gleich gute Perspektiven offen stehen – und zwar von Beginn an. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Wir fördern diese Chancengleichheit mit vielen Maßnahmen, von Sprachkursen bis zu umfangreichen Weiterbildungsangeboten. Alle leicht zu finden auf www.wien.gv.at

Wofür schlägt Ihr Herz?
www.wienwillswissen.at



**WIEN.
DIE STADT
FÜRS LEBEN.**

Stadt  Wien

SPOTLIGHT

Medienschelte

Unter dem Motto „Wir lesen Zeitung und schauen fern“ will der Medienwatch-Blog Kobuk.at zum kritischen Medienkonsum anregen. Eine Uni-Lehrveranstaltung der praktischen Art.

TEXT: SONIA MELO

„Für Flüchtlinge Frau gekündigt“. Die Schlagzeile der Kronen Zeitung in Salzburg am 4. September sorgte für Aufregung. Auf der Facebook-Seite von FP-Chef Strache war die Empörung groß. Die Meldung brachte ihm 6.000 „Likes“ und knapp 2.000 Kommentare, die meisten LeserInnen hinterfragten die Meldung nicht.

Ob die Pensionistin in Salzburg tatsächlich wegen der Einquartierung von Flüchtlingen ihre Wohnung verlassen musste, wollte hingegen Hans Kirchmeyr wissen. Er ist ständiger Autor des Medienwatch-Blogs Kobuk, und fand in seiner Recherche, die „weder schwierig noch zeitaufwändig“ war, heraus, dass es sich um keine Kündigung des Mietvertrages, sondern um dessen Auslaufen handelte. Kirchmayr eruierte auch, dass die betreffende Wohnung eigentlich für anerkannte Flüchtlinge vorgesehen ist, die ihre Miete selbst bezahlen und berichtigte damit den Krone-Artikel, über „Asylwerber“, für die die Wohnbaugesellschaft „Asylgelder“ kassieren würde. Kobuk-Autor Kirchmeyr kritisiert, dass der Krone-Redakteur die Wahrheit wusste und absichtlich mit dieser Titelstory „zündete“. Das läuft so: „Oft sind die Berichte nicht falsch, sondern überbetont oder wichtige Informationen werden ausgeblendet.“ Es seien die üblichen Zuspitzungen im Boulevard, in denen eben nicht beide Seiten der Geschichte beleuchtet werden, weil sonst die erwünschte Spannung verloren sei.



Helge Fahrnberger, gründete den Blog vor fünf Jahren.

„Kronische“ Berichterstattung

Das Online-Projekt Kobuk hat Helge Fahrnberger vor fünf Jahren ins Leben gerufen, damals als eine Lehrveranstaltung am Publizistikinstitut der Universität Wien. Es wirft einen zweiten Blick auf Medienberichte und legt dabei erstaunliche Fehlleistungen frei. Einer der ersten, die teilnahmen, war der Journalist Yilmaz Gülüm, der nun den Blog auch leitet. 18.000 Fans zählt man auf Facebook. Kobuk hat sich zum Ziel gesetzt, „Hygiene in der Medienlandschaft zu schaffen“, erklärt Gülüm und ergänzt: „Wir wollen nicht unsere Meinungen und unseren Willen durchsetzen. Wir wollen Menschen zum Nachdenken anregen, mit der Botschaft, das könnt ihr auch machen, wenn ihr wollt.“

Kobuk wird im Rahmen der Lehrveranstaltung ehrenamtlich betrieben, so auch von Hans Kirchmeyr, hauptberuflich im Bereich Grafik und 3D in Linz tätig. Mit über 100 Postings ist er der bislang aktivste Autor. Für ihn ist das aber immer noch zu wenig. „Das, was wir im Kobuk schreiben, ist nur die Spitze des Eisberges. Die Beobachtung aller deutschsprachigen Medien ist aus Ressourcenmangel aber leider nicht möglich.“ Auf Falschmeldungen stößt Kirchmeyr eher per Zufall. Kein Zufall ist hingegen, dass sich diese vor allem in Boulevardmedien finden. In der Krone geht es dabei oft um Asyl und Flucht, rassistische Untertöne sind dabei nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Das belegen auch die Recherchen von René Rusch, der seine Diplomarbeit betitelte: Der „Ausländer“-Diskurs der Kronen Zeitung. Gibt es einen „kronischen“ Rassismus? Eines der Muster sei, dass bei Straftaten, bei denen die TäterInnen noch gar nicht bekannt sind, von „Ausländern“ berichtet wird. Deshalb, meint auch Kobuk, müsse man Medien auf die Finger schauen. Fehler zu machen ist für Kirchmeyr nicht das größte Problem, sondern der Umgang damit: „Mit etwas mehr Selbsthygiene der Medien wäre Kobuk gar nicht notwendig.“ Solange sich das nicht ändert, passt Kobuk weiter auf. Teilnehmende Beobachtung ist willkommen, unter hinweise@kobuk.at.

POPULÄR GESEHEN

Nervenschwäche

Burn Out erzählt uns, wie wir Zusammenbrechen dürfen ohne uns dafür schämen zu müssen.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK
Illustration: Petja Dimitrova

„Durch den ins Unangemessene gesteigerten Verkehr, durch die weltumspannenden Drahtnetze des Telegraphen und Telephons haben sich die Verhältnisse in Handel und Wandel total verändert. Alles geht in Hast und Aufregung vor sich, die Nacht wird zum Reisen, der Tag für die Geschäfte benützt, selbst die Erholungsreisen werden zu Strapazen für das Nervensystem.“ Das Zitat stammt aus dem Jahr 1893. Der Arzt Wilhelm Erb erklärt in seiner Zeitdiagnose vor mehr als 100 Jahren was zur Nervenschwäche führe. „Neurasthenie“ wurde zur häufig diagnostizierten Belastungserkrankung. Beschrieben wurde sie bei Angehörigen der städtisch-bürgerlichen Elite als eine nervöse Reaktion auf Überlastung. Als Krankheit der „Kopfarbeiter“ der weißen Mittel- und Oberschichten.

Mit dem Ausbruch des ersten Weltkriegs verschwand das Konzept der Neurasthenie. Die Tausenden Kriegsversehrten ließen andere Krankheitsbilder dominant werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich ein neues Belastungskonzept, die „Managerkrankheit“. Bluthochdruck und Herzinfarkt rafften die Chefs dahin. Im Wiederaufbau und im Wirtschaftswachstum überforderten sich die Firmenleiter, auch hier wurde die Managerkrankheit als ein Problem der Eliten beschrieben. Die Rede vom Stress brachte eine Änderung. Stress können alle haben, er demokratisierte die Belastungsstörung. Studien in den 1990er Jahren ergaben, dass die „Managerkrankheit“ bei



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

Personen aus den untersten Einkommenschichten höher als bei den eigentlichen ManagerInnen ausfällt. Und dann kam das „Burn Out“. Zuerst als Diagnose in helfenden Berufen, dann bei Führungskräften. Jetzt bei allen. Burn Out erzählt uns, wie wir zusammenbrechen dürfen, ohne uns dafür schämen zu müssen. Depression ist Versagen, Burn Out hingegen die erfolgreichere Variante des erschöpften Selbst. Das Ausbrennen weist auf eine Wettbewerbsgesellschaft, die sich ihrer Ziele und Zwecke entgrenzt hat, argumentieren die SoziologInnen Sighard Neckel und Greta Wagner. Immer mehr Bereiche werden der Konkurrenz unterworfen, Wettbewerb definiert die gesellschaftliche Ordnung: jetzt auch das Krankenhaus, den Pflegedienst, die Schule. Die massenkulturelle Begleitmusik spielt in den Castingshows oder inszeniert sich in der Körperkonkurrenz von Next Top Model. Das Problem: Die Rhythmen der Wettbewerbe beschleunigen sich auch in der Erwerbsarbeit. Da hat man als Arbeitskraftunternehmerin immer neu zu bestehen. In der verbleibenden Zeit hat man an der eigenen Wettbewerbsfähigkeit zu arbeiten. Doch Wettbewerbe sind Ausscheidungskämpfe und produzieren VerliererInnen. Da gibt's viel Anstrengung bei vielen und Anerkennung für wenige. Aber ohne Anerkennung wird es für uns schädlich. Die Konkurrenzideologie will Leistung und Ressourcen vermehren, verbrennt aber gleichzeitig jene menschlichen Potentiale, die sie zu steigern vorgibt. Ein System zeigt Nerven.

SONDERECHE

Aus den Augen

Was spricht eigentlich dagegen, europäische Asylverfahren in Nordafrika durchzuführen?

UM DIE ECKE GEDACHT MIT
PHILIPP SONDEREGGER
Illustration: Petja Dimitrova

Die Zahl der Ertrunkenen im Mittelmeer steigt und damit bekommt auch der Vorschlag neuen Auftrieb, Flüchtlinge näher an den Krisengebieten zu halten. Europäische Asylverfahren sollen in der Krisenregion oder in Lagern im Norden Afrikas durchgeführt werden. Gegenwärtig sind die europäischen Institutionen nicht bereit, den menschenrechtlichen Preis für so ein Modell zu bezahlen. Außerdem fehlt mit Libyen beim wichtigsten Transitland ein staatliches Gegenüber, um überhaupt Verhandlungen aufzunehmen. Allerdings könnte sich die Lage rasch ändern. Asyl-VerteidigerInnen sollten sich daher nicht auf die mangelnde Umsetzbarkeit des Konzepts verlassen und deshalb die gravierenden Konsequenzen solcher Konzepte öffentlich diskutieren.

Was würde sich ändern, wenn Europa seine Asylverfahren auf fremdem Territorium durchführen lassen würde? Nun, die Rechtsposition der Asylsuchenden würde sich massiv verschlechtern. In Europa gilt neben der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) auch die Europäische Menschenrechtskonvention. Das bietet Flüchtlingen einen relativ weitreichenden Schutz gegen die Abschiebung in Krisengebiete. Dagegen sind viele Staaten, die für solche Zentren in Frage kämen, nicht einmal der GFK beigetreten. Dazu kommt: In Europa werden Flüchtlinge nicht generell eingesperrt, sondern – schlimm genug – nur unter bestimmten Voraussetzungen. Kaum vorstellbar, dass nor-

CLARTEXT



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.

dafrikanische Staaten auf die Internierung der Asylsuchenden verzichten würden – um sie auch wieder loswerden zu können. Neben den rechtlichen Standards würde sich mit Sicherheit auch die Qualität der sozialen Versorgung verschlechtern. Von mitteleuropäischen Staaten muss man für Schutzsuchende dieselben Standards medizinischer und sozialer Betreuung einfordern, wie sie uns allen zu gute kommen. Aber lässt sich dieser Anspruch noch aufrecht erhalten, wenn Schwellenländer die Abwicklung vor Ort übernehmen und deren Regierungen für Flüchtlinge einen höheren Standard bieten müssten, als für Teile der eigenen Bevölkerung? Nicht unwesentlich wäre auch der drohende Verlust zivilgesellschaftlicher Unterstützung bei der Betreuung; von nachbarschaftlicher Hilfe bis zur spendenfinanzierte Betreuung durch große Wohlfahrtseinrichtungen. Die sinkenden rechtlichen und sozialen Standards gingen überdies mit einem demokratiepolitischen Problem einher: der erschwerten parlamentarischen, zivilgesellschaftlichen und medialen Kontrolle dieser sensiblen staatlichen Aufgabe. Wahrscheinlich könnten sich nur noch internationale Player das Hinschauen leisten. Nationale NGOs, Zeitungen und ParlamentarierInnen haben dazu nicht die Mittel. Flüchtlinge sind auch lebendige Kunde von Menschenrechtsverletzungen, für die Europa Verantwortung trägt. Wir sollten sicher gehen, dass uns diese Botschaft weiterhin nahe kommen kann.

Blame the victim!

Was ich den Folterpolizisten gerne sagen würde.

CLARA AKINYOYOYE SAGT ES NICHT DURCH DIE BLUME. EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT UND MIGRATION. Illustration: Petja Dimitrova



Clara Akinyosoye, freie Journalistin und Ex-Chefredakteurin von M-Media.

Es kommt selten vor, dass ich den Fernseher anschreie. Vor ein paar Wochen, da musste es aber sein. Denn in einem Fernsehbeitrag vom ORF klagten zwei Männer den ZuschauerInnen ihr Leid. Sie sprachen davon, welche Tortur die vergangenen Jahre für sie gewesen sei, dass sie und ihre Familien emotional und finanziell gelitten hätten. Sie wünschten sich Frieden, wollten sich endlich rehabilitieren. „Es geht mit dieser Schadenssumme an die wirtschaftliche Existenz“, sagte einer von ihnen. „Dann hättest du vielleicht nicht einen Menschen foltern sollen“, hab ich gesagt. Gern hätte ich die ehemaligen Polizisten, die Bakary J. 2006 in einer Lagerhalle gefoltert haben, wissen lassen, was ich über sie denke. Das hätte dann in etwa so geklungen: „Ihr habt einen wehrlosen Menschen bedroht, erniedrigt, gefoltert, geschlagen, getreten. Ihr habt ihn mit dem Auto angefahren, ihm seine Würde und sein Leben nehmen wollen. Ihr, die ihr Polizisten wart, da um uns zu schützen. Uns, das sind alle Menschen in diesem Land. Nicht nur die Weißen und nicht nur die ÖsterreicherInnen. Ihr habt fast getötet – einen Mann, der in eurer Obhut gewesen ist. Und dieser Mann leidet heute noch und er wird wahrscheinlich immer darunter leiden, was ihr ihm angetan habt. Aber jetzt fällt ihr erneut über ihn her. Wie Vergewaltiger, die ihr Opfer wieder und wieder missbrauchen, indem sie sagen: Ich war's nicht. Sie wollte es. Es war

einvernehmlich. Sie lügt. Sie hat mich so angemacht in ihrem Minirock. Ich, ich, ich kann nichts dafür. Blame the victim, sagt man dazu. Ihr verlangt, dass wir das Opfer hängen. Denn jeder hat Schuld, nur ihr nicht. Jetzt wollt ihr es plötzlich wieder nicht gewesen sein. Bakary J. hat sich die Verletzungen selbst zugefügt? Das BM.I. hat euch zu der Aussage genötigt, euch reingelegt, euch im Stich gelassen? Geriert euch bitte nicht als Opfer. Zeigt eure Gesichter nicht im Fernsehen, stoppt eure Verleumdungen, bemitleidet euch, aber tut das still. Ihr seid Täter und ihr wisst das. Wir wissen es auch. Viele Menschen hätten euch gern im Gefängnis gesehen. Es sind Menschen, die erschüttert sind, verstört und angewidert. Von euch. Doch ihr habt es euch gut gerichtet. Das schmerzt, wem Menschenrechte heilig sind. Und es beschädigt das Vertrauen in das österreichische Rechtssystem. Es schwächt den Glauben an Gerechtigkeit. Natürlich hättet ihr gern euer Leben zurück. Aber Bakary J. bekommt sein Leben auch nicht zurück, seine Unbeschwertheit und seine Unversehrtheit. Kein bisschen Reue habt ihr gezeigt. So werdet ihr euch nicht rehabilitieren. So werdet ihr immer die Folterpolizisten bleiben und die Schande dieser Republik.“

POPULÄRKULTUR

QUELLEN



Wissen über Armut I

Seit 20 Jahren ist die österreichweite Armutskonferenz als Koalition zivilgesellschaftlicher Kräfte aktiv. Auch im Februar 2015 wird es beim zehnten Zusammentreffen darum gehen, Strategien gegen Armut zu entwickeln, die Sozialpolitik der vergangenen Jahre zu analysieren und zu fragen, wie sich in der Realität Maßnahmen wie die Mindestsicherung auswirken und was aus formulierten Zielen wie der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik wurde. Die 10. Österreichische Armutskonferenz läuft unter dem Titel: FORTSCHRITT - RÜCKSCHRITT - WECHSEL-

SCHRITT und findet am 24. bis 25. Februar im Bildungshaus St. Virgil in Salzburg statt. Genaue Infos unter:

www.armutskonferenz.at,
www.allesueberarmut.at

Wissen über Armut II

Für alle, die mehr zum Thema des Dossiers dieser Ausgabe wissen möchten, seien hier noch einmal zwei Publikationen empfohlen. Das „Handbuch Armut in Österreich“ gilt als Standardwerk zum Thema und beleuchtet die Facetten von Armut, ihre Ursachen und Auswirkungen, ihre politische Dimension und die möglichen Lösungsansätze. Wussten Sie etwa, dass die Lebenserwartung von Männern mit Pflichtschulabschluss in Österreich (gilt auch für Europa) um 6,2 Jahre niedriger ist als jene von Männern mit Hochschulabschluss? Dass also Verteilungsgerechtigkeit und Armut bis in Themen der Gesundheit hineinwirkt? Oder dass nicht jede/r Sozialhilfe-Berechtigte diese auch in



Anspruch nimmt? Dass das z.B. mit sozialer Ächtung und persönlich empfundener Scham zu tun haben kann? Dass es also so etwas wie einen „nicht registrierten Pauperismus“ in Österreich gibt. So wie in diesem Fall erweitert das Buch Diskurse, die in der öffentlichen und politischen Rhetorik (etwa rechter Parteien) stets ganz anders besetzt werden. Am Schluss des Bandes wird die stockende Debatte über eine lebenslange- und bedarfsorientierte Grundsicherung aufgegriffen. Das Argument fehlender Finanzierungsmöglichkeiten ist immer noch aktuell. So wie die Feststellung im Buch, dass Österreich auf Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuern verzichtet.

Als zweiter Tipp sei auf die Publikation „Was allen gehört“ hingewiesen. Der Band, herausgegeben von der Armutskonferenz, verhandelt die mögliche Rolle von Commons, also öffentlichen Gütern, im Kampf gegen die Armut. Zu Commons zählen etwa Bildung, Demokratie oder auch öffentliche Räume. Die Frage der Aneignung dieser Güter entscheidet letztlich auch über die gesellschaftliche Teilhabe. Das kann bereits mit dem Kulturpass beginnen, der es mittellose Menschen ermöglicht, am Theater- oder Kinobetrieb teilzunehmen. *red*

Nikolaus Dimmel, Martin Schenk, Christine Stelzer-Orthofer (Hg.)
Handbuch Armut in Österreich.
Zweite, vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage
StudienVerlag, 49,90 Euro

Was allen gehört. Commons – Neue Perspektiven in der Armutsbekämpfung
Hg.: Die Armutskonferenz
ÖGB-Verlag 2013
316 Seiten; 14,90 Euro

FILMFESTIVAL



This Human World

Einen Blick in die isolierte Welt der Gefängnisse wirft das Filmfestival der Menschenrechte bei seiner mittlerweile siebenten

Ausgabe. Der belgische Dokumentarfilm „9999“ portraitiert Häftlinge in einer Haftanstalt für geistig kranke Menschen. Ihre Delikte können von Mord bis zum Diebstahl eines Fahrrades reichen, ihnen gemein ist, dass sie medizinisch nicht adäquat behandelt werden, weil es zu wenig Plätze in psychiatrischen Krankenhäusern gibt. Ein weiterer Film aus der Reihe sucht Flüchtlinge in einem italienischen Gefängnis auf. „EU 013, The Last Frontier“ schafft für Menschen eine Öffentlichkeit,

die in ein anderes Land gegangen sind und nun hinter Gittern mit absoluter Perspektivlosigkeit zu kämpfen haben. Ein weiterer Schwerpunkt zeigt mehrere Arbeiten zur Krise in Syrien, die ganz unterschiedliche Zugänge suchen, von der nüchternen dokumentarischen Form bis zum schwarzen Humor. Brisanz verspricht ein Film aus Ungarn, der eine Mordserie an Roma-Angehörigen aufgreift. „Judgement in Hungary“ ist an den 167 Verhandlungstagen im Gerichtssaal, wo sich vier rechtsextreme Män-

ner wegen der Tötung von sechs Menschen, darunter einem fünfjährigen Kind, zu verantworten haben. Das Verfahren zog sich über 2,5 Jahre, die Filmemacherin Eszter Hajdu sprach auch mit den Opferfamilien und montierte daraus einen raren Einblick in eine Thematik, die medial oft nur in wenigen Zeilen abgehandelt wird. *red*

this human world 2014
Filmfestival der Menschenrechte
4.-13. Dezember, Wien

POPULÄRKULTUR

BUCH



Frau Scholl spricht

Längst ist die ehemalige ORF-Korrespondentin für Russland, Susanne Scholl, zu einer der bedeutendsten Fürsprecherinnen und Anwältinnen für die Frauen aus Tschetschenien geworden. Unermüdlich versucht Frau Scholl das schwere Schicksal der vom Krieg gebeutelten BewohnerInnen des

Nordkaukasus in Erinnerung zu rufen („Töchter des Krieges“ beispielsweise erschien 2007). „Emma schweigt“ ist in Romanform verfasst, schildert aber wohl die Geschichte einer Frau, welche Susanne Scholl in ihren Hunderten Begegnungen mit tschetschenischen Frauen immer wieder gehört hat. Sarema ist Kriegswitwe, die in ihrer Heimat zudem mehrere Kinder verloren hat und außerdem noch brutal vergewaltigt wurde. Der größte Teil ihrer Familie ist im Krieg und in den Nachkriegswirren in Tschetschenien umgekommen. In Österreich versucht Sarema mit ihrem Sohn Schamil Asyl zu bekommen und trifft dabei zufällig auf eine ältere Frau, die durch einen Unfall

auf die Hilfe der Tschetschenin angewiesen sein wird. In eindrucksvoller und bewegender Erzählart schildert die Autorin den verzweifelten Kampf der Mutter, mit ihrem einzig überlebenden Kind in Österreich bleiben zu dürfen. Die LeserIn darf bis zum Schluss hoffen, dass Sarema und ihrem Sohn endlich Gerechtigkeit widerfährt und ein gesichertes Leben in Österreich möglich wird. Doch Frau Scholl bleibt bei der Realität: Sarema und ihr Sohn werden abgeschoben, zurückgebracht in ihre Heimat. Dort wo der „grausame Präsident“ herrscht und eine rohe brutale Männerwelt die tschetschenischen Werte längst vergessen hat. Aber keine Angst, Susanne Scholl lässt

Sarema, Schamil (und ihre LeserInnen) nicht ganz verzweifelt zurück...

Emma schweigt ist ein eindrucksvolles Plädoyer für Toleranz und Menschlichkeit. Das Buch macht Wut und rüttelt auf, weil es unseren oftmals menschenunwürdigen Umgang mit Folteropfern ganz klar thematisiert. Es macht aber auch Mut weiter zu machen und sich für die Opfer eines unmenschlichen Systems einzusetzen. Mit das Beste was jemals über Tschetschenien verfasst wurde. *Siegfried Stupnig*

Susanne Scholl
Emma schweigt
 Residenz Verlag, 2014
 179 Seiten; 19,99 Euro



„Das Recht auf Arbeit sollte immer gelten, für jeden. Asylwerber sollten nicht zu untätigem Warten verdammt sein, sondern sich einbringen dürfen. Das kann, nach menschlichem Ermessen, nur positiv sein.“

Cornelius Obonya



Brillen.manufaktur [®]

1070 Wien, Neubaugasse 18
 Mo-Fr 10.00–18.30 Uhr, Sa 10.00–17.00 Uhr
www.brillenmanufaktur.at

POPULÄRKULTUR

BUCH



Der Politische Islam

Seit einiger Zeit bestimmen gewalttätige Konflikte ganz wesentlich die Wahrnehmung des Islam in den westlichen Mehrheitsgesellschaften. Muslime gerieten unter Generalverdacht, extremistisch und demokratiefeindlich zu sein. Imad Mustafa, ein Politologe aus Baden/Württemberg und Sohn palästinensischer Einwanderer, möchte

diese Wahrnehmung aufbrechen und einen differenzierten Blick auf dieses Thema werfen. Er analysiert die Politik von Hamas, Hizbollah und den ägyptischen Muslimbrüdern und ordnet deren Ausrichtung und Motivation einem ganz klaren nationalen Rahmen zu. In Hinblick auf das Bedrohungsszenario des Islam als global vernetzte Macht versucht Mustafa aufzuzeigen, wie unterschiedlich sich diese drei politischen Gruppierungen zueinander entwickelt und positioniert haben. Insbesondere bei der Hamas weist der Autor auf eine deutliche Transformation des Apparats und der Programmatik hin: Ursprünglich religiös und sozial orientiert, setzte die Hamas in den 90er Jahren auf den Kampf gegen die Besatzung Israels, um in einer dritten Phase zur politischen Partei zu wachsen, die 2006 als Konkur-

rentin der PLO erstmals auch an Wahlen teilnahm. Überraschend ist dabei, dass die Hamas den Islam in ihrer politischen Rhetorik sukzessive zurücknahm und, so der Autor, diese bis heute durch pragmatisch formulierte Wahlprogramme ersetzte, die in Teilen auch von der Fatah stammen könnten. Den Export des Islam in die Welt habe, so Mustafa, keine der drei Gruppierungen zum Ziel. Sowohl die Hamas, wie auch die libanesisch-parlamentarische Partei Hizbollah verfolgen vielmehr einen national-religiösen Kurs, der stark durch eigene spezifische Problematiken bestimmt ist. Diese Argumentationslinie vermag Mustafa überzeugend darzulegen, wiewohl sich immer wieder eine Art Rechtfertigungshaltung abzeichnet, die es auf Basis der untersuchten Fakten nicht bräuhete. In einem „In-

tro“ des Buches werden die Vor-denker (Salafisten) des heutigen politischen Islam erläutert. Aus der Krise der kolonisierten Gesellschaften Ende des 19. Jahrhunderts entwickelten sich verschiedene Ansätze zur eigenen kulturellen Befreiung. Mustafa skizziert sie kurz: jene, die Islam und Demokratie als Schlüssel für die Moderne ansahen und jene, die sich im Rückgriff auf die Zeit der ersten Kalifen das eigene Erstarken versprachen. Den größten Erkenntnisgewinn bringt jedoch das Ausleuchten „übersehener“ pragmatischer Ansätze bei den heutigen Akteuren. Nicht zuletzt daran zeigt sich auch die Heterogenität des Islam selbst. *red*

Imad Mustafa
Der Politische Islam
 Promedia Verlag 2014
 232 Seiten; 17,90 Euro

BUCH



Als es in Wien noch Ghettos gab

Für verarmte und unterstandlose Menschen entstand in Wien-Ottakring zwischen der Gablenzgasse und der Herbststraße 1911 eine Barackensiedlung. Ende der 1920er Jahre

wurde die Sozialarbeiterin und Fürsorgerin Rosa Dworschak dorthin versetzt, offenbar zur Strafe, weil sie zu spät ins Büro gekommen war. Zehn Jahre lang arbeitete sie dort, betreute Familien und allein lebende Menschen, die sich im „Negerdörf“, wie die Siedlung genannt wurde, zwischen Armut und sozialer Ächtung mit Gelegenheitsarbeiten und niedrig entlohnten Jobs durchschlugen. Erst viel später, in den 1970er Jahren, begann Dworschak an dem Text, der nun als „Dorfgeschichten aus der Großstadt“ erschienen ist, zu schreiben. Sie fühlte sich immer zu den Verwehrten hingezogen, meinte Dworschak einmal, die selbst aus der Richtung der psychoanalytischen So-

zialarbeit kam. Die Frage, ob sie ein Fachbuch auf Basis ihrer damaligen Erfahrungen schreiben sollte oder diese fiktionalisieren, beantwortete sie, aus heutiger Sicht erstaunlich zeitgemäß, mit einer Mischform aus beidem: In Blitzlichtern skizziert sie signifikante Momente aus dem Leben der BewohnerInnen der Siedlung, deren Probleme teils abenteuerlich anmuten und aus einer lange vergangenen Welt entstammen; teils aber auch ganz aktuell und schlicht menschlich wirken. Dworschak erzählt vor allem aus einem Kosmos heraus, von den Verwerfungen innerhalb des Dörfchens und dem sozialen Leben, wie es sich dort, umgeben von Zinshäusern, in den subproletarischen Ver-

hältnissen entwickelte. Wichtig war ihr die Menschen in ihrem ganz konkreten Alltag zu beschreiben. In dieser nicht didaktischen, sondern beschreibenden Erzählform liegt auch der Reiz dieses zeithistorischen Textes. Im Nachwort stellt Martin Schenk einen aktuellen Bezug zu Armutsdiskursen her. Er legt u.a. dar, wie wenig sich die Logik der Ökonomie zwischen workless poor und working poor bis heute verändert hat. Soziale Ächtung bleibt ein Thema. *red*

Rosa Dworschak
Dorfgeschichten aus der Großstadt
 Löcker Verlag 2014
 192 Seiten; 19,80 Euro

POPULÄRKULTUR

BUCH

Ein guter Tag hat 100 Punkte

Wenn auf einem Buchtitel etwas von einer „besseren Welt“ draufsteht, klappt man leicht die Ohren zu. Da ist die Belehrung nicht weit – und wer braucht so etwas? Tatsächlich überrascht der Autor Thomas Weber aber mit ungewöhnlich praktischen, ja unorthodoxen Anregungen. Er erzählt von einem groß gefassten Anliegen, der Ökologie und bewusster Ressourcennutzung, in einer kleinen Form. Ganz praktisch und alltags-tauglich und jedenfalls so, dass jede/r selbst entscheiden kann, was davon Sinn macht. Ein guter Tag beginnt zum Beispiel mit einem Karpfen statt einem Saibling, oder einem Thunfisch auf der Pizza. Weil Raubfische auch in Aquakulturen ziemlich gefräßig sind, braucht ein Kilo Zuchtfisch zu dessen Produktion die zehnfache Menge an anderem Fisch. Der Energieaufwand für die Zuchtbecken ist enorm, so wie auch die Menge an Krill, die man dafür aus dem Meer fischt. Iss Karpfen, sagt der Autor, der lässt sich ebenfalls hervorragend zubereiten. Die normativ formulierten Titel des Buches muten teils seltsam an. „Such dir einen Bauern“ heißt es da, „Werde Mundräuber“, „Schlachte ein Huhn“ oder gar „Iss bedrohte Tiere“. Schon erkennt man, hier hat man es nicht mit einem moralischen Weltverbesserer zu tun, sondern mit einem gewitzten Erzähler und Sammler: von neuen, teils verquerten Ideen, aus allen möglichen Initiativen zusammengetragen, die jeweils im ernsthaften Überdenken unseres Lebensstils münden. Etwa so:

Wer Fleisch isst, sollte wissen, wie der Tod eines Tieres konkret aussieht. Weber plädiert für zumindest eine Schlacht-Exkursion im Leben jedes mündigen Konsumenten. Die ominösen 100 Punkte aus dem Buchtitel helfen zur eigenen Orientierung: Jeder gefahrene Kilometer, jeder Salat, ob Bio oder konventionell angebaut, jede Tasse Kaffee kostet ein paar Punkte. Brauchen wir mehr als 100 Punkte pro Tag, dann verpeffern wir mehr Ressourcen, als uns die Natur zusteht. 10 Km im VW Golf kosten 16 Punkte, 100 Km im Zug rund 27. Wer nach Neuseeland fliegt, sollte sich längere Zeit nur von Luft ernähren, 70.000 Punkte! Ein locker geschriebener Band, liebevoll layoutiert, der thematisch einiges anreißt, aber statt strenger Argumentationen lieber ganz cursorisch Fragen aufwirft. Die Entscheidungen bleiben einem dann selbst überlassen. *gun*

Thomas Weber
**Ein guter Tag hat 100 Punkte
 ...und andere alltagstaugliche
 Ideen für eine bessere Welt**
 Residenz Verlag 2014
 216 Seiten, 18 Euro

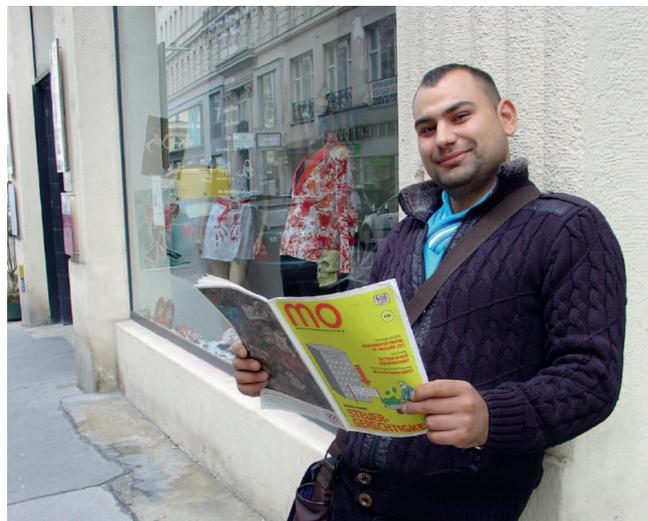


Foto: Bernhard Spindler

LISTEN

2 X 5 DINGE UND SONST?

Doru Unizau ist in einer rumänischen Kleinstadt in der Nähe von Pitesti mit fünf Geschwistern aufgewachsen. Mit 18 Jahren ist der heute 24-Jährige das erste Mal nach Wien gekommen. Er ist Kolporteur des MO-Magazins.

5 Dinge, weswegen ich ausgewandert bin:

- 1 weil es unmöglich war eine Arbeit zu finden, von der ich und meine Familie auch leben können
- 2 weil ein großer Teil meiner Familie auch nach Wien ausgewandert ist
- 3 weil Wien eine schöne und angenehme Stadt ist
- 4 weil ich ein Stadtmensch bin
- 5 weil es die EU möglich macht

5 Dinge, warum Sie mich anstellen sollten:

- 1 weil ich es liebe, wenn was weiter geht
- 2 weil Sie sich auf mich verlassen können
- 3 weil ich ein aktiver Mensch bin
- 4 weil ich allen Leuten gegenüber respektvoll bin
- 5 weil ich schöne Augen habe
 (Jobangebote bitte an office@sosmitmensch.at)

Und sonst?

Möchte ich noch sagen, wie sehr ich meine Familie, meine Eltern und vor allem meine Tochter liebe. Schöne Grüße!



PKP BBDO

Mit freundlicher Unterstützung von Vienna Paint und adb.

WENN WERTE MIT FÜSSEN GETRETEN WERDEN, TRETEN WIR FÜR SIE EIN.

Unterstützen Sie uns mit Ihrer Spende! SOS Mitmensch setzt sich lautstark, tatkräftig und unabhängig für Gleichberechtigung, Chancengleichheit und die Würde aller Menschen ein. Danke für Ihre Mithilfe.
IBAN: AT 876 000 000 091 000 590 | BIC: OPSKATWW Mehr Informationen unter www.sosmitmensch.at

SOS Mitmensch ist Trägerin des Spendengütesiegels und finanziert sich ausschließlich durch private Spenden.



SOS MITMENSCH

TEXT: ALEXANDER POLLAK

ARBEIT

Arbeitsverbote sind eine Schande

Seit über 10 Jahren ist der Erlass in Kraft, der Asylsuchende von fast allen Bereichen des Arbeitsmarkts ausschließt. Arbeitsfähige Menschen werden dequalifiziert und von Sozialleistungen abhängig gemacht. Viele rutschen in die Depression ab. SOS Mitmensch hat das Arbeitsverbot aufgehoben, bisher allerdings nur symbolisch: Denn zur tatsächlichen Aufhebung fehlt die Unterschrift des Sozialministers. Um ihm Mut zu

machen, haben in einer tollen Aktion mehr als 17.000 Menschen ihre Unterschrift unter die Aufhebung des Arbeitsverbots gesetzt. Und wir planen weitere Aktionen. Wir werden dem Sozialminister nicht mehr die Gelegenheit geben, das Thema vom Tisch zu wischen. Die von ihm angekündigte Arbeitsmarktstudie ist kein Ersatz für die Umsetzung eines zentralen Menschenrechts. Auf diese Umsetzung pochen wir!



Infostand vor dem Sozialministerium

SCHULE

Mauer des Schweigens



Verleihung des „Amtsgeheimnispreis“ durch das Forum Informationsfreiheit

Der Wiener Stadtschulrat hat einen unrühmlichen Preis gewonnen. Er wurde mit dem „Amtsgeheimnispreis“ für den größ-

ten Informationsverweigerer bedacht. Ausschlaggebend war die Untersagung der Einsicht von Eltern in die Lesetests ihrer Kinder. Doch das ist nur eines von vielen Beispielen, wie sich Schulbehörden hierzulande einbunkern.

Auch als FPÖ-Obmann Strache und Minister Kurz davon sprachen, dass es in Wien Schulklassen gebe, „wo kein einziges Kind Deutsch kann“, reagierte der Stadtschulrat mit Schweigen. Erst nachdem SOS Mitmensch eine Recherche unter 68 Schulen durchführte, bei der sich keine einzige Klasse fand, in der niemand Deutsch kann, meldete sich auch der Stadtschulrat zu Wort. In anderen Bundesländern wird ähnlich

defensiv agiert. So behauptete die FPÖ, dass 42 Prozent der oberösterreichischen Volksschulkinder außerordentliche SchülerInnen seien. Schuld seien fehlende Deutschkenntnisse, speziell der TürkInnen. Wiederum reagierten die Schulbehörden mit Schweigen. Auf Nachfrage von SOS Mitmensch verweigerten sie sogar Auskunft darüber, wie viele außerordentliche SchülerInnen es tatsächlich in Oberösterreich gibt. Inzwischen wissen wir es: Es sind 9 Prozent, und nicht die von der FPÖ kolportierten 42 Prozent.

Wir finden das Schweigen der Schulbehörden zu Falschinformationen empörend und kontraproduktiv. Wann fällt diese Mauer?

Warten auf Türkisch

Das Unterrichtsministerium ist weiter säumig und schiebt die längst überfällige Einführung von Türkisch als Sprachenmaturafach weiter vor sich her. Dem im Sommer von Ministerin Heinisch-Hosek bekundeten Reformwillen sind bisher keine Maßnahmen gefolgt. SOS Mitmensch wird weiter Druck für die Erweiterung des Sprachenlehrplans machen.

Welle der Solidarität

Die Diskussion über die Unterbringung von Flüchtlingen hat eine Welle der Solidarität ausgelöst. Viele Menschen haben sich bei Hilfseinrichtungen gemeldet, weil sie Flüchtlinge mit einer Privatunterkunft unterstützen möchten. Die meisten Bundesländer sind hingegen weiterhin säumig bei der Erfüllung ihrer Pflichten.

Befreiung von Auschwitz

Am 27. Jänner 2015 jährt sich die Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz zum 70. Mal. Das Lager war Teil des verbrecherischen Systems des Nationalsozialismus. Das Bündnis „Jetzt Zeichen setzen“ veranstaltet auch 2015 wieder eine Gedenkkundgebung am Heldenplatz.



Befreiungsfeierlichkeiten am Heldenplatz 2013

ANDERE ÜBER ...

Null Toleranz für Betrüger!

Wer sich per Antrag Asyl erschleichen will oder über eine Bewerbung einen Job, den er nicht erhält, soll ausgebürgert werden.

Ein Kommentar der Gebrüder Moped



Illustration: Petja Dimitrova

Im Jahr 2012 erfolgten exakt 16.303 rechtskräftige Entscheidungen über laufende Asylverfahren. 10.745 davon wurden negativ beschieden. Das ist eine Quote von 65 Prozent, wie jeder heimische Milchbub rechnen kann. Wer nun zahntechnisch die Wurzel allen Übels zieht, kommt zu dem logischen Schluss, dass also 65 Prozent der in Österreich Asylsuchenden Betrüger sind. Sogar „Asylbetrüger“, wie wir uns hierzulande nicht nur in Wahlkampfzeiten auch gerne affiziert echauffieren. Einschlägig Wortkreative sprechen auch von „Scheinasylanten“ oder - neuerdings - „falschen Asylanten“. Und Recht haben sie! Wir brauchen uns nur vor Augen zu führen, dass ein Asylverfahren ein Verwaltungsverfahren ist. Habe ich mir also z.B. als syrische Kurdin mit meinen Kindern monatelang den Jux gemacht, über die Türkei, das Mittelmeer, Griechenland, das Mittelmeer und Italien nach Österreich zu gelangen (nur weil in meiner Heimat die g'sunde Watschen noch en vogue ist), um hier Asyl zu suchen, dann geht's mir wie einem Häuselbauer: Ich muss im Rahmen eines Verwaltungsverfahrens einen Antrag stellen und die zuständige Behörde gibt mir per Bescheid Bescheid, ob ich entweder eine Baugenehmigung oder Asyl erhalte. Oder nicht. Und wessen Asylantrag dann abgelehnt wird, der ist Asylbetrüger. Logisch.

Genau um diesem Betrugswesen hierzulande endlich an den Vatermörderkragen zu gehen, sind wir angetreten. Wie kommen wir Sauberen und Anständigen dazu, noch länger hinzunehmen, dass schwer Kriminelle sich um Privilegien bewerben, die ihnen letztlich nicht zustehen. Stellt also künftig jemand den Antrag auf Pflegegeld und es wird ihm von Amts wegen nicht stattgegeben – Abschiebung! Diesen schwer betrügerischen Schritt hätte sich die Oma ja auch vorher überlegen können. Gleiches soll selbstverständlich für die Damen und Herren Studierten gelten. Wenn künftig wieder wer glaubt, unsere Steuern verschwenden zu müssen,

in dem er zu einer Uni-Prüfung antritt und diese dann nicht schafft. Wo kommen wir denn da hin! In den Bau. Schließlich hat derjenige vorsätzlich so getan, als wäre ihm der Stoff geläufig. Noch klarer auf der Hand liegt die Sache freilich im Lotto. Woche für Woche wird da vorgegeben, die richtigen Zahlen zu kennen. Serienbetrug. Als volkswirtschaftlich wirksamste Maßnahme sei noch unser Modell für den Arbeitsmarktsektor genannt. Wer arbeitslos ist und sich per Bewerbung einen Job erschleichen will, den er letztlich nicht erhält, der soll in logischer Konsequenz ausgebürgert werden. Die Senkung der Inländerarbeitslosenquote muss uns doch bitte das größte Anliegen sein.

Und lassen wir uns endlich nicht mehr von Fakten einschüchtern. Dass Asylwerber und Asylwerberinnen in Österreich zum Beispiel lediglich 0,27 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Dass dieses Land 1956 etwa 180.000 Flüchtlinge aus Ungarn aufgenommen hat, während wir heute bei einem Gesamtstand von ca. 56.000 anerkannten Flüchtlingen seit Monaten über 500 weitere syrische Vertriebene politisch streiten, ob sie blond zu sein haben. Dass wir in der Relation von Flüchtlingen zur Bevölkerung im bekannt reichen Tschad von 1:29, in Österreich hingegen von 1:152 reden (Libanon: 1:5). Immerhin geht es hier um Betrug und Missbrauch. Gut, jetzt findet sich „Asylmissbrauch“ zwar weder in der Genfer Flüchtlingskonvention noch kennt die österreichische Gesetzgebung ein solchen strafrechtlichen Tatbestand, aber wir dürfen eines nicht vergessen: Unter den kriminellen Ausländern liegen sowohl der Ausländeranteil als auch die Kriminalitätsrate bei 100 Prozent. Das sind in Summe 200 Prozent - doppelt so viele, wie es überhaupt Österreicher gibt! Logisch.

Mit herzlichem Dank an Mag.a Barbara Selden und David Himler, M.A.

ZUR PERSON

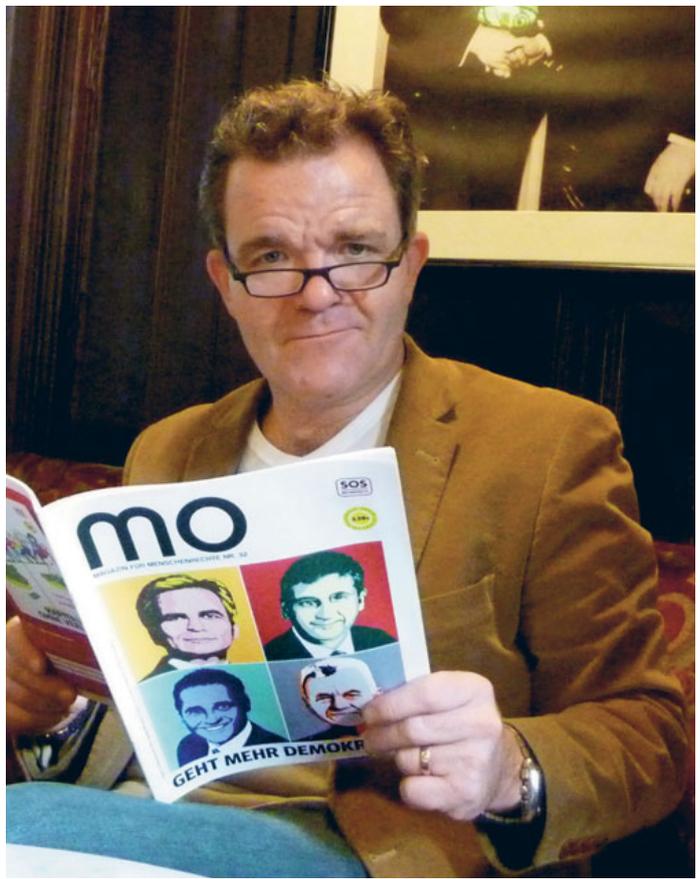
Gebrüder Moped

Die Gebrüder Moped zählen zu den Stars der Kleinkunsth Bühnen und zu „Österreichs erfolgreichsten Social-Media-Komikern“ (Falter). Sie schreiben wöchentlich für vienna.at, gelegentlich im DATUM, gerne für den Wiener Sportklub, für „Willkommen Österreich“ und das Kabarett Simpl. Ihr aktuelles Programm „Tellerrandtango“ ist in der Wiener Kulisse zu sehen.

www.gebruedermoped.com

**„Menschenrechte gehen
uns alle an. Mir ist die
unabhängige Aufbereitung
von Menschenrechtsthemen
im MO-Magazin von SOS
Mitmensch 86 Euro im
Jahr wert. Ihnen auch?“**

Cornelius Obonya



ABO-BESTELLUNG

- MO – Soliabo - 4x jährlich MO lesen um 86 Euro**

ZAHLUNGSART

- Einziehungsermächtigung (Einzug 1x jährlich)

IBAN

BIC

Vorname, Name

e-mail

- Zahlschein

LIEFERADRESSE

Vorname, Name

Adresse

PLZ | Stadt

e-mail

E-Mail abo@momagazin.at

Fax 01/524 99 00-9

Post SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien



**MO – Die Menschenrechte
im Auge behalten!**

DANKEN!

Wir danken allen unseren InserentInnen,
SponsorInnen und SpenderInnen 2014 sowie
folgenden Spielstätten:



Sie ermöglichen unsere Menschenrechtsarbeit
mit dem Ziel der Chancengleichheit und Gleich-
berechtigung für alle Menschen.



Spendenkonto:
IBAN AT876000000091000590
BIC OPSKATWW

